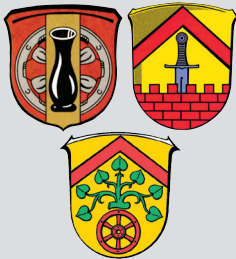




150 Jahre
Sozialdemokratie
in der Röder Mark
1868 – 2018



150 Jahre
Allgemeiner Deutscher
Arbeiterverein
1863 – 2013

Festschrift

zum Jubiläum der SPD Rödermark

einhundert50!



Rödermark, im Juli 2018

EINLADUNG

Sehr geehrte Damen und Herren,

die SPD in Rödermark kann in diesem Jahr ein stolzes Jubiläum feiern - ihr 150-jähriges Bestehen.

Historische Dokumente belegen, dass 1868 Arbeiter in Ober-Roden einen sozialdemokratischen Arbeiterverein gründeten und Georg Mackert zum ersten Vorsitzenden wählten.

Das **Jubiläum** wollen wir am
Samstag, 18. August 2018,
mit einer **Akademischen Feier**
im Foyer der **Kulturhalle Ober-Roden, Dieburger Str. 27,**
63322 Rödermark,
festlich begehen.

Einlass mit Sektempfang ist ab **18:30 Uhr.**
Die Veranstaltung beginnt um 19:00 Uhr.
Im **Anschluss** reichen wir einen **Imbiss.**

Zu dieser Feier möchten wir Sie im Namen des
Vorstands und der Fraktion der SPD Rödermark ganz herzlich einladen.

Sie erwartet ein buntes Programm mit
Grußworten, Hauptredner, Musik und Kabarett.

Wir würden uns freuen, Sie bei der
Akademischen Feier begrüßen zu dürfen.

Herzliche Grüße

Hidir Karademir
Vorsitzender Ortsverein

Samuel Diekmann
Fraktionsvorsitzender

!091erpuu13
Einhundert50!

Inhaltsangabe

Grußwort Hidir Karademir	5	„Flagge zeigen“ - Ansätze sozialdemokratischer Kommunalpolitik	27
Grußwort Roland Kern	6		
Grußwort Ralf Kunert	7	Das Kommunalpolitische Programm der SPD vom 25. September 1904	28
Grußwort Olaf Scholz	8	Die Konsumvereine in Ober-Roden und Urberach	30
Grußwort Thorsten Schäfer-Gümbel	9	Zur Maifeier auf die Thomashütte	30
Grußwort Gernot Grumbach	10	Bewegte Zeiten - Die Spaltung der Partei - Neuaufbau nach Kriegsende in Urberach	31
Freiheit - Gleichheit - Brüderlichkeit	11	Vereinigung von SPD und KPD in Urberach	32
Von Ferdinand Lassalle zur Sozialdemokratischen Partei	12	SPD Vorsitzende in Ober-Roden	32
Beginn des Lassallianischen Arbeitervereins in Ober-Roden 1868 und Urberach	13	Verfolgung der Sozialdemokraten 1933 bis 1945	33
Georg Mackert, Familie und gesellschaftliches Wirken	15	1945: Zusammenbruch und politischer Neuanfang	34
Der Wahlkreis „DUNNERKEIL“ Offenbach-Dieburg (Odenwald)	16	Gemeindewahlen in Ober-Roden und Urberach nach dem Krieg	36
Stadt und Land im Umbruch	17	Der „Wiener-Lui“ - 75 Jahre Parteigeschichte in einem Lebenslauf!	37
Das „Sozialistengesetz“ von 1878 und seine Auswirkungen	17	Zeitzeugen - Heinz Jakobi	38
Sozialdemokratische Wählerstimmen bei den Reichstagswahlen 1871-1912	21	1954: Ein Sozialdemokrat wird Bürgermeister in Urberach	39
Sozialdemokratischer Wahlverein 1890 in Ober-Roden	22	Zeitzeugen - Theo Frieß	40
Der Parteitag in Halle 1890 mit der noch heute bekannten Festlegung des Parteinamens	24	1956: Eine Frau im Dieburger Kreistag	41
Arbeiterwahlverein 1896 in Urberach	25	Willy Brandt vor T&N	41
Das Erfurter Programm von 1891 und die politischen Ziele der SPD	26	Kommunalwahl 1968: SPD verliert die absolute Mehrheit in Urberach	42
		1969 Machtwechsel in Bonn - Willy Brandt wird Bundeskanzler	43



Starker Zuspruch für die SPD und Rekordwahlergebnis 1972	44	SPD feiert 145 Jahre	56
1975: SPD-Ortsvereine stellen die Weichen für den Zusammenschluss	45	Im Jubiläumsjahr ein Jubiläumsbrief mit einem Röder-Mark-Sonderstempel der Deutschen Post	56
Die Gründung des SPD-Ortsvereins Rödermark	45	Impressionen einhundert45	57
1968: SPD-Basis gegen Notstandsgesetz	46	Zuletzt aufgespießt...	59
1975: SPD gegen Stilllegung der Dreieichbahn	46	Impressum	59
Kommunalwahlen in Rödermark	47		
Heinz Eybßen - Interview	47		
1981: Heftige Kontroverse um den Bau der Startbahn West	48		
1993: Mitgliederentscheid zur Wahl des Parteivorsitzenden	49		
1993: Erste Bürgermeister-Direktwahl in Rödermark	50		
Erste Frau an der Spitze des Parlaments	50		
Lebenslanges Engagement für die Menschen	51		
Der Odenwaldzubringer	52		
Die S-Bahn kommt - die Schranke bleibt!	53		
SPD-Vorsitzende in Urberach und Ober-Roden von 1945-1975	54		
3. Oktober 1990: Ein Symbol für die Einheit - SPD Rödermark pflanzt einen Walnussbaum	54		
Unsere Partei- und Fraktionsvorsitzenden sowie Bürgermeisterkandidaten	55		
Der aktuelle SPD-Vorstand im Jubiläumsjahr	55		



Hidir Karademir

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,



die SPD Rödermark feiert in diesem Jahr ihr 150-jähriges Bestehen. Hierauf bin ich außerordentlich stolz.

Der 23. Mai 1863, als Ferdinand Lassalle in Leipzig den „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ (ADAV) ins Leben rief, gilt als historische Geburtsstunde der deutschen Sozialdemokratie. Er weckte wohl auch den Wunsch der Sozialdemokraten in Ober-Roden, die sich nachgewiesen im Jahre 1868 aktiv selbst organisierten und politisch engagierten.

Die Sozialdemokratie in Rödermark ist damit älter als gedacht. Fünf Jahre nach Gründung der SPD und im fünfzigsten Lebensjahr von Karl Marx kamen im Sommer 1868 mehr als 20 Arbeiter zusammen, um den Gewerkschaftler Georg Mackert zum Vorsitzenden des ADAV in Ober-Roden zu wählen.

Die Geschichte der Demokratie in Deutschland ist nicht von der Geschichte der Sozialdemokratie zu trennen. Die Mitglieder der SPD - Frauen und Männer - haben Freiheitsrechte und Demokratie erstritten, das Frauenwahlrecht erkämpft und sich jeder Diktatur widersetzt. Weitsichtig und tapfer haben sich die Mitglieder der SPD dem Nationalsozialismus in den Weg gestellt.

Diesen mutigen Einsatz haben viele Genossinnen und Genossen mit ihrem Leben bezahlt. Ihre Opfer für Freiheit und Demokratie sind und bleiben daher eine dauerhafte Mahnung und Verpflichtung.

Als Vorsitzender der SPD Rödermark lade ich alle ein, mit uns am 18. August 2018 unser Jubiläum zu begehen. Ich würde mich außerordentlich freuen, Sie als unsere Gäste auf das Herzlichste willkommen zu heißen.

Ich wünsche allen weiterhin viel Erfolg, Gesundheit und persönliches Wohlergehen. Für die Zukunft wünsche ich mir persönlich dauerhaften Frieden, Freiheit und die Verwirklichung einer gerechteren Gesellschaft.

Herzlichst Ihr
Hidir Karademir
Vorsitzender des SPD-Ortsverein Rödermark



Roland Kern

Werte Genossinnen und Genossen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,



die Stadt Rödermark gratuliert der Sozialdemokratischen Partei Rödermarks zum 150. Jahrestag ihres Bestehens ganz herzlich!

Die SPD ist die älteste demokratische Partei in Deutschland. Seit 150 Jahren kämpft die Sozialdemokratie für Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie. Sie ist der Idee der Freiheit von Not und Unterdrückung verpflichtet und zugleich der Idee, aus seinem Leben etwas machen zu können, dass man nicht gebunden ist an Herkunft, Geschlecht oder Hautfarbe, der Idee von einem offenen und freien Lebensweg, den jeder Mensch gemäß seinen Fähigkeiten auf der Basis gleicher Chancen beschreiten kann.

Die SPD Rödermarks ist fester Bestandteil dieser Tradition und Ideale, die auch für eine solidarische und lebenswerte Zukunft unverzichtbar sind.

Roland Kern
Bürgermeister



Ralf Kunert



Liebe Genossinnen und Genossen,



im Namen der SPD im Kreis Offenbach, aber auch ganz persönlich, gratuliere ich Eurem Ortsverein sehr herzlich zu einem bemerkenswerten Jubiläum. „150 Jahre SPD Ortsverein Rödermark“ ist auch in unserer traditionsreichen Partei kein alltäglicher Grund zu feiern. Immerhin gehört der Ortsverein damit zu den ältesten Ortsvereinen innerhalb der SPD, die in diesem Jahr bereits ihren 155-jährigen Geburtstag feiern darf.

Der Anfang des Kampfes der SPD in Rödermark für eine bessere, eine gerechtere Gesellschaft, ist aufs Engste verzahnt mit dem Kampf für sozialen Ausgleich, der im Laufe des 19. Jahrhunderts allerorten in Deutschland von der Arbeiterbewegung begonnen wurde. Den Kampf für Demokratie, Sozialismus und Frieden sowie für die Gleichberechtigung von Frauen hatte man sich auf die Fahnen geschrieben. In dieser Tradition steht auch die 150jährige Geschichte der SPD in Rödermark. Die SPD darf zurecht stolz sein auf ihre Geschichte, stehen doch Solidarität und Gerechtigkeit heute mehr denn je auf unseren Fahnen.

In den opferreichen Zeiten der NS Diktatur sind Genossinnen und Genossen mutig der sozialdemokratischen Idee treu geblieben und haben in all den Jahren beharrlich für eine friedliche, freie und soziale Gesellschaft gestritten. Ihnen gilt in diesem Jubiläumsjahr unser Gedenken: ihr Engagement ist uns Verpflichtung. Erfolge bei der Umsetzung sozialdemokratischer Ideen, ob in Regierungsverantwortung oder in der Opposition, sind ohne Einsatz und kontinuierliche Arbeit der Ortsvereine weder vorstellbar, noch von Dauer. Dies gilt erst recht für die Arbeit der Ortsvereine in ihrem unmittelbaren Umfeld, für ihr Engagement in der Kommunalpolitik und für ihre Mittlerrolle zu den Menschen vor Ort.

Auch in dieser Hinsicht habt Ihr in Rödermark allen Grund zu feiern. Einhundertfünfzig Jahre streiten Rödermärker Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für Arbeiterrechte und die soziale Demokratie. Ich hoffe und wünsche uns allen, dass es in diesem Jahr noch einen weiteren Anlass zum Feiern für die Sozialdemokratie gibt. Am 28. Oktober werden die Menschen in Hessen vor einer Richtungsentscheidung stehen. Für die Zukunft unseres Landes und seiner Menschen wird es von grundlegender Bedeutung sein, ob wir eine sozialdemokratische Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit - gerechte Bildungspolitik von Beginn an, bezahlbarer Wohnraum, Mobilität in den Städten und auf dem Land - geben können oder die konservative Abwärtsspirale in Hessen ihre Fortsetzung findet.

Die SPD hat immer dann Erfolg gehabt, wenn sie ihre Ideen glaubwürdig und mit Engagement vertreten hat. Ich halte es für richtig, dass die SPD sich wieder stärker an ihre sozialdemokratischen Tugenden erinnert. Denn Solidarität und Gerechtigkeit sowie deren Verankerung in der eigenen Geschichte geben uns die Grundlage und Orientierung für den Weg in eine sichere Zukunft.

Mit seinem 150-jährigen Jubiläum ist der Ortsverein Rödermark ein Symbol sozialdemokratischer Kontinuität. Ich danke allen ganz herzlich für die geleistete Arbeit und ich wünsche Euch auch für die zukünftige politische Arbeit Beharrlichkeit, Mut und Erfolg!

Ralf Kunert
Vorsitzender
SPD Kreis Offenbach



Olaf Scholz



Liebe Genossinnen und Genossen,

zum 150. Jubiläum des Ortsvereins Rödermark übersende ich Euch aus dem Willy-Brandt-Haus im Namen der gesamten SPD meine herzlichen Glückwünsche.

Jubiläen wie Eures geben Anlass, sich unserer besonderen Geschichte bewusst zu werden. Denn aus Geschichtsbewusstsein entsteht Selbstbewusstsein. Denn die SPD hat eine faszinierende Geschichte: Als älteste demokratische Partei Deutschlands nahm sie schon in ihren Anfangsjahren im 19. Jahrhundert trotz vieler Repressionen eine rasante Entwicklung und etablierte sich bereits vor Beginn des ersten Weltkrieges 1914 als mitgliederstärkste politische Kraft in Deutschland.

In den Jubiläumsjahren 2018/19 werden wir die herausragenden Verdienste der Sozialdemokratie am Entstehen der ersten Demokratie auf deutschem Boden angemessen würdigen. Weitsichtig und tapfer haben sich die Mitglieder der SPD dem Verbot und den Repressionen des Nationalsozialismus in den Weg gestellt. Diesen mutigen Einsatz haben viele Genossinnen und Genossen mit ihrem Leben bezahlt. Ihre Opfer für Freiheit und Demokratie sind uns dauerhafte Mahnung und Verpflichtung.

Auch die zweite deutsche Demokratie in der Bundesrepublik hat die SPD entscheidend geprägt. Seit dem Godesberger Programm von 1959 versteht sich die SPD als linke Volkspartei in der Mitte unserer Gesellschaft, die für alle Menschen in unserem Land offen ist. Willy Brandt und Helmut Schmidt stehen stellvertretend für die erfolgreiche Zeit der SPD in der jüngeren deutschen Geschichte. Für viele sind sie Vorbilder bis heute.

Beim Rückblick auf die Geschichte und beim Blick auf die Herausforderungen der Zukunft wird klar: Die SPD trägt Verantwortung und wird gebraucht. Die Idee der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität hat nichts an Aktualität eingebüßt. Rechtspopulisten und Demokratiefeinde weltweit stellen Errungenschaften, die wir erkämpft haben, in Frage. Unsere Geschichte macht uns besonders sensibel für diese Entwicklungen. Wir werden uns diesen Tendenzen mit Macht entgegenstellen. Dies schulden wir allen, in deren Tradition wir stehen und deren politisches Vermächtnis wir bewahren.

Ich weiß, welche gute und ausdauernde Arbeit in den Ortsvereinen jeden Tag geleistet wird. Für diese danke ich Euch allen sehr herzlich. Sie ist ein großer Schatz für unsere Partei. Für eine starke, selbstbewusste und erfolgreiche SPD brauchen wir Eure Ideen, Eure Erfahrungen und Eure Kraft. Helft mit, die sozialdemokratische Idee jeden Tag mit Leben zu erfüllen und das Leben der Menschen besser zu machen.

2018 wird Euer Ortsverein Rödermark 150 Jahre alt. Dies ist ein schöner Anlass, das Erreichte zu feiern und vorauszublicken auf viele weitere erfolgreiche Jahre des Einsatzes für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Herzliche Grüße
Olaf Scholz
Stellvertretender Vorsitzender der SPD

Thorsten Schäfer-Gümbel



Liebe Genossinnen und Genossen,

zum 150-jährigen Bestehen gratuliere ich euch herzlich. 150-Jahre SPD Rödermark stehen für eine stolze und bewegte SPD-Geschichte.

Die SPD ist die älteste demokratische Partei der Republik. Sie hat die Verhältnisse überall und auch in Rödermark entscheidend geprägt. Die Demokratisierung von Betrieben und Staat und die Geschichte unserer Bewegung sind eng verbunden. Wir haben in dieser Zeit die gesetzlichen Sozialversicherungen und das Frauenwahlrecht erstritten, Diktaturen getrotzt und das erfolgreichste Friedensprojekt in der Geschichte unseres Kontinents aufgebaut. Unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität haben uns dabei immer den Weg geleuchtet. Sie leiten uns bis heute. Und sie geben unserer Politik eine größere Bedeutung.

Das Jahr 2018, in dem die SPD in Rödermark Jubiläum feiert, ist zugleich ein uns forderndes Jahr. Wir haben bei der Bundestagswahl unsere Ziele weit verfehlt. Viele Menschen haben das Vertrauen in uns verloren. Und gleichzeitig macht uns der Prozess zur Erneuerung der Partei und zum Eintritt in die Bundesregierung Mut für die Zukunft. Eine Partei, die über den besten Weg streitet, ist lebendig. Und eine Partei, die unverzagt und mutig ans Werk geht, wird erfolgreich sein.

Die Energie, die wir in den letzten Monaten entwickelt haben, brauchen wir für den Weg der vor uns liegt. Unsere Gesellschaft befindet sich mit den Veränderungen in der Arbeitswelt in einem tiefgreifenden Wandel. Wir stehen vor der vierten industriellen Revolution. Berufsbilder werden sich verändern. Unser Verständnis von Arbeit wird sich verändern. Diese Veränderung löst bei vielen Verunsicherung aus. Dabei bietet sie auch große Chancen. Wenn es uns gelingt eine Idee davon zu verkörpern, wie wir unter veränderten Bedingungen für alle Menschen eine Aufgabe in unserer Mitte finden, ihr Auskommen sichern und ihre Teilhabe in unserer Gesellschaft stärken, dann werden wir zu alter Stärke zurückfinden. Ich bin überzeugt, dass wir das können. Und ich bin entschlossen, dass wir damit ab dem 29. Oktober in Hessen anfangen.

Es grüßt Euch herzlich
Euer
Thorsten Schäfer-Gümbel
Landesvorsitzender der SPD in Hessen



Gernot Grumbach



Liebe Genossinnen und Genossen,

zum 150. Jubiläum des Ortsvereins Rödermark gratuliere ich sehr herzlich.

Seit 150 Jahre gibt es die SPD Rödermark. Seit 150 Jahre setzen sich Rödermarker Genossinnen und Genossen ehrenamtlich für die Gemeinde und deren Bürgerinnen und Bürger ein. Seit 150 Jahren kämpft die SPD Rödermark für Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie.

Feierlichkeiten wie Euer Jubiläum sind immer eine gute Gelegenheit zurückzuschauen: Die SPD ist die älteste noch bestehende Partei Deutschlands. Seit 1863 kämpfen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für unsere Grundwerte. Die SPD ist lebendiger Teil der Geschichte der Demokratie in Deutschland. Genossinnen und Genossen haben sich für Menschenrechte, Demokratie und Gleichberechtigung eingesetzt und sich Diktaturen und den Feinden der Demokratie in den Weg gestellt. In der direkten Tradition der Arbeiterbewegung setzen wir uns bis heute ein für soziale Gerechtigkeit, Aufstiegsmöglichkeiten und Solidarität.

Heute wie vor 150 Jahren ist es wichtig, sich einzumischen und Stellung zu beziehen, Farbe zu bekennen gegen all die Ideologen und Populisten, die zu verunsichern versuchen. Die Idee der Sozialdemokratie war und ist es, Menschen ein Leben frei von Not und Unterdrückung zu ermöglichen. Uns kommt es darauf an, dass für Jede und Jeden der soziale Aufstieg offen steht, unabhängig von Geschlecht, Religion oder Herkunft.

Die Arbeit vor Ort ist entscheidend: Ihr verteidigt die sozialdemokratischen Werte und Ideen jeden Tag aufs Neue vor Ort. Ihr leistet in Eurer Freizeit die mühevoll Arbeit in den Gemeinden. Dafür danke ich Euch ganz herzlich! Ohne Euch und Euer Tun im Ortsverein kann unsere Partei nicht funktionieren. Macht weiter so.

Ich wünsche der SPD Rödermark weiterhin gutes Gelingen für Eure Arbeit vor Ort. Bleibt so engagiert und erfolgreich, wie ihr seid und wart. Kämpft für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität und mischt Euch ein!

Mit den besten Grüßen nach Rödermark

Euer
Gernot Grumbach
Bezirksvorsitzender SPD-Hessen Süd

Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit

Aus unserer heutigen „modernen“ Zeit, das Einundzwanzigste Jahrhundert, auch das Digitale Zeitalter - in einer multipolaren Welt - genannt, muss sich der Leser in die Zeit des sogenannten „langen“ 19. Jahrhunderts, der Zeit von 1789-1799 (Französische Revolution) bis zum Epochenjahr 1917 (Erster Weltkrieg) zurückversetzen.

Analog dazu gibt es das „kurze“ 20. Jahrhundert vom Ende des Ersten Weltkriegs bis zum Fall der Mauer bzw. Zusammenbruch der Sowjetunion, das oft auch noch als Zeitgeschichte betrachtet wird. In diesem „langen“ Jahrhundert geschah vieles im Zusammenleben der Menschen in Europa. Die Französische Revolution mit ihrer Losung „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“, setzte die freiheitlichen und sozialen Bewegungen in Gang, wovon wir heute noch zehren, da in dieser Zeit auch noch die „maschinelle Revolution“ hinzukam und das sogenannte „Proletariat“ entstand.

In Deutschland manifestierten sich diese Revolutionsgeschehnisse in den verschiedensten Schriften, Aufständen, Bewegungen und in markanten Personen: In Erinnerung daran denken wir an das Hambacher Fest (27. Mai - 1. Juni 1832) und in diesem Zusammenhang an die Vor- und Nachläufer, wie das Wartburgfest (18. Oktober 1817), die französische Julirevolution (1830), das Gaibacher Fest (27. Mai 1832), den Frankfurter Wachensturm (13. April 1833) und die Märzrevolutionen 1848/49 mit der ersten deutschen Reichsverfassung (28. März 1849), auch Frankfurter Reichsverfassung (FRV), oder Paulskirchenverfassung genannt.

Als markante Personen muss an dieser Stelle an Georg BÜCHNER aus unserer Heimat und Friedrich Ludwig WEIDIG erinnert werden. Sie gaben 1834 den „Hessischen Landboten“ als Flugschrift mit der Parole, „Frieden den Hütten! Krieg den Palästen!“ heraus.

Vor der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins durch Ferdinand LASSALLE standen seine Vorbilder Karl MARX (*5.5.1818 / †14.3.1883) und Friedrich ENGELS (*28.11.1820 / †5.8.1895) mit dem weltbekannten Werk des Historischen Materialismus.



Zur Beisetzung von Karl MARX am 17. März 1883 auf dem Londoner Highgate Cemetery hatte Friedrich ENGELS in seiner Trauerrede die wissenschaftlichen Leistungen von MARX in zwei wesentlichen Entdeckungen zusammengefasst:

Wie Darwin das Gesetz der Entwicklung der organischen Natur, so entdeckte MARX das Entwicklungsgesetz der menschlichen Geschichte: ...dass also die Produktion der unmittelbaren materiellen Lebensmittel und damit die jedesmalige ökonomische Entwicklungsstufe eines Volkes oder eines Zeitabschnitts die Grundlage bildet, aus der sich die Staatseinrichtungen, die Rechtsanschauungen, die Kunst und selbst die religiösen Vorstellungen der betreffenden Menschen entwickelt haben und aus der sie daher auch erklärt werden müssen - nicht, wie bisher geschehen, umgekehrt.

Damit nicht genug, MARX entdeckte auch das spezielle Bewegungsgesetz der heutigen kapitalistischen Produktionsweise und der von ihr erzeugten bürgerlichen Gesellschaft. Mit der Entdeckung des Mehrwerts war hier plötzlich Licht geschaffen...“ (Friedrich ENGELS, Das Begräbnis von Karl MARX, MEW, Band 19, 335-339).



Von Ferdinand Lassalle zur Sozialdemokratischen Partei

Der Eingangsartikel verdeutlichte die Entwicklung hin zum sozialen Miteinander der Menschen und zu einem gerechten Staatsgebilde heute. Dafür stritten Ferdinand LASSALLE (*11.4.1825 / †31.8.1864) und seine Mitstreiter mit der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV), die Vorgängerorganisation der heutigen SPD, das war heute vor 155 Jahren am 23. Mai 1863 im Leipziger Pantheon.

Zwei der elf Delegierten aus Deutschland kamen aus den Nachbarstädten Mainz und Frankfurt.

Der Wortführer der frühen deutschen Arbeiterbewegung, Ferdinand LASSALLE, wurde für fünf Jahre zum Präsidenten gewählt. Seine Hauptforderungen waren:

1. Das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht und
2. die Errichtung von Produktivgenossenschaften mit staatlichen Vorzugskrediten.

Leider konnte er diese Forderungen nicht persönlich umsetzen, da er nach einem Duell drei Tage zuvor am 31. August 1864 in Genf verstarb. Wenige Wochen vor seinem Tod hatte LASSALLE bereits Bilanz gezogen: „Ich habe die Inventur meines Lebens gemacht. Es war groß, brav, wacker, tapfer und glänzend genug. Eine künftige Zeit wird mir gerecht zu werden wissen.“ Freunde, Bekannte und Befürworter widmeten seinem Tode zu Ehren viele gedenkende Worte. Jakob AUDORF der Schöpfer der „Arbeiter-Marseillaise“, das wohl beliebteste Arbeiterlied des 19. Jahrhunderts, schrieb den Refrain zur Totenfeier um: „Nicht zählen wir den Feind, nicht die Gefahren all! Marsch, marsch, marsch, marsch der kühne Bann nun folgen wir, die uns geführt LASSALLE!“

Als Friedrich ENGELS von LASSALLE'S Tod erfuhr, sagte er: „LASSALLE mag sonst gewesen sein, persönlich, literarisch, wissenschaftlich, wer er war, aber politisch war er sicher einer der bedeutendsten Kerle in Deutschland. Welcher Jubel wird unter den Fabrikanten und unter den Fortschrittschweinehunden herrschen. LASSALLE war doch der einzige Kerl in Deutschland selbst, vor dem sie Angst hatten.“

Der LASSALLE nicht immer gewogene Karl MARX urteilte 1868 in einem Brief an Johann Baptist VON SCHWEITZER, einem Nachfolger LASSALLE'S: „Nach fünfzehnjährigem Schlummer rief LASSALLE - und das bleibt sein unsterbliches Verdienst - die Arbeiterbewegung wieder wach in Deutschland.“

Die Leipziger Polizei löste den ADAV allerdings am 16. September 1868 auf. Daraufhin gründete ihn Johann Baptist VON SCHWEITZER am 10. Oktober 1868 mit Sitz in Berlin neu. Bis Anfang 1869 schlossen sich 101 örtliche Organisationen dem Verein an.

Aus dem Kreis Offenbach waren dies neun und zwar aus Offenbach-Bieber, Dietzenbach, Dreieichenhain, Hausen, Heusenstamm, Lämmerspiel, Mühlheim am Main, Ober-Roden und Obertshausen.

Daneben entstand ab Mitte/Ende der 1860er Jahre die „Eisenacher Richtung“, vor allem geprägt von August BEBEL (*22.2.1840 / †13.8.1913), dem „Arbeiterkaiser“ und Wilhelm LIEBKNECHT (*29.3.1826 / †7.8.1900).

Beide Richtungen hatten Konflikte in Bezug auf die Gewerkschaftsfrage und die Form des entstehenden deutschen Nationalstaates. 1875, vier Jahre nach der 1871 erfolgten Gründung des Deutschen Kaiserreichs, schlossen sie sich zur „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ (SAPD) zusammen. 1890 wurde dann die SAP in „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ (SPD) umbenannt.



Beginn des Lassallianischen Arbeitervereins in Ober-Roden 1868 und Urberach

Im Gedenkjahr des zweihundertsten Geburtstages von Karl MARX begeht der SPD Ortsverein Rödermark seinen einhundert50. Geburtstag. Wie kam es dazu? Nachdem noch im Jahre 1980 der SPD-Ortsverein Rödermark 90 Jahre Sozialdemokratie in Ober-Roden und sechs Jahre später in Urberach feierte. Was bis dahin durch Dritte mündlich überliefert, bzw. in einer von Baptist HORNUNG (genannt „Bach-Jean“, *1882 †1955) 1947 schriftlich verfassten Aufzeichnung mit dem Titel „Geschichte der Arbeiterbewegung von Ober-Roden“ schrieb dieser: „Wenn auch die Saat, einmal von LASSALLE ausgestreut, lange Zeit zum Aufblühen brauchte, so muss doch festgestellt werden, dass es die Ideen von LASSALLE waren, die den Sieg über den im Jahre 1863 in Frankfurt gegründeten Verband Deutscher Arbeitervereine unter bürgerlichem Einschlag und der Mitführung BEBELS davontragen konnte.

Das Einsetzen geistiger Kämpfe reifte auch das in der Industrie tätige Proletariat und es ist zu verzeichnen, dass sich neben näher bei der Stadt gelegenen Orten, auch in Ober-Roden unter der Leitung von Georg MACKERT in den 70er Jahren ein Lassalleianischer Arbeiterverein gründete. Leider sind von diesem Verein keine besonderen Kennzeichen mehr vorhanden, aber als Grundstein für die sozialdemokratische Bewegung muss das Bestehen dieses Vereins festgehalten werden. Als äußeres Zeichen des Zusammenhaltens der damals klassenerkennenden Arbeiter darf der von Arbeitern gegründete Gesangverein „Harmonia“ genannt werden, der unter dem Zeichen der roten Fahne marschiert. Nicht unerwähnt soll bleiben, dass auf Grund der immer mehr beschäftigten männlichen Arbeiter in Offenbach und Frankfurt sich die Gründung einer gesetzlichen Hilfskrankenkasse notwendig machte. Auch diese Gründung war das Verdienst von Georg MACKERT, deren Vorsitzender er bis zur Auflösung war.

Dass es schon zehn Jahre vor dem Sozialistengesetz (1878), also ab 1868 amtlich nachweisbar in Ober-Roden einen sozialdemokratischen Arbeiterverein in Ober-Roden und in Urberach mündlich überliefert gegeben hatte, wurde zwischenzeitlich durch eine wissenschaftliche Publikation

bestätigt. Dokumente in dem Buch „Die erste Deutsche Arbeiterpartei“ von Toni OFFERMANN belegen, dass schon vor 150 Jahren in Ober-Roden offiziell durch die Wahl eines Vorstandes mit Vorsitz - im Buch als Bevollmächtigter genannt - Georg MACKERT, ein solcher Arbeiterverein bestand.

Ober-Roden, im Großherzogtum Hessen, der Provinz Starkenburg angehörend und damals dem Kreis Dieburg zugehörig, hatte 1871 ca. 1.672 Einwohner. Die Zeitung „Der Social-Demokrat“ meldete am 26.7.1868: „Als im Sommer 1868 die Offenbacher Lassalleaner in Dietzenbach agierten, meldeten sie am 23.7.1868 in einer Korrespondenz im Social-Demokrat, dass in Ober-Roden Arbeiter dem ADAV beizutreten gedenken und die Gemeinde erscheint daraufhin auf den Beitragsablieferungslisten ab Oktober 1868 und der Neugründung am 10.10.1868 in Berlin. Sie waren danach auch auf den ADAV - Generalversammlungen von 1869 und 1872 - 74 vertreten.



Der Bevollmächtigte - Vorsitzende - war ab 1868 bis zum Verbot 1878 Georg MACKERT. Seine weiteren Vorstandsmitglieder in der Folgezeit waren als Beitragssammler J. REBEL und die Genossen Revisoren Ph. KECK, A. HITZEL und A. GRAF. Ab 1868 gehörten in den nachfolgenden Jahren 21 bis 30 Mitglieder dem Verein an. Aus den Beitragslisten ist zu entnehmen, dass die Beiträge in den Jahren vollständig abgeführt wurden. So waren dies z.B. vom 1.1. - 31.3.1869 insgesamt über zwei Thaler.





BerufsAkademie Rhein-Main
University of Cooperative Education

Erfolg in Studium & Praxis

**150 Jahre
SPD Rödermark,
wir gratulieren
recht herzlich!**



Die Berufsakademie Rhein-Main zählt zu den größten Anbietern dualer Studiengänge in Deutschland. Studierende können ihr erlerntes Wissen bereits während des Studiums erfolgreich in die Praxis umsetzen. Ein Mehrwert für Studierende und Unternehmen.

Ihr Weg zu uns – www.ba-rm.de

Am Schwimmbad 3 • 63322 Rödermark

Tunc Trans

Wir fahren für Sie alles!!!



Transportunternehmen

Paradiesgasse 2

63512 Hainburg

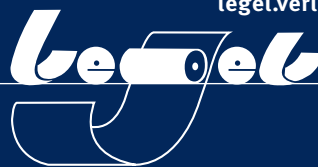
T.: 0 61 82 / 78 35 18 - 0

F.: 0 61 82 / 78 35 18 - 22



www.Tunc-Trans.de tunc@tunc-trans.de

legel.verlag gmbh



Briefbögen • Visitenkarten • Plakate
Kataloge • Werbeschriften • Festschriften
Vereinsbroschüren • Bücher • Handzettel
Trauerdrucksachen • Etiketten • Einladungen
Präsentationen • Danksagungskarten
Grußkarten • Stempelservice • Schilder
Werbepanner • Fahrzeugbeschriftungen
Verteilung Ihrer Werbung

Legel-Verlag GmbH
Elisabeth Legel

Ober-Rodener Straße 53
63110 Rodgau/Nieder-Roden

Telefon 0 61 06/7 66 66
Telefax 0 61 06/7 94 70

info@legelverlag.de

Vereinbaren Sie bitte einen Termin!

www.legelverlag.de

Georg Mackert, Familie und gesellschaftliches Wirken

Der Gründer und erste Vorsitzende des neuen Arbeitervereins Georg MACKERT wurde am 10. Dezember 1838 in Ober-Roden geboren. Am 24. Juli 1862 heiratete er seine Frau Katharina, geb. Storck. Mit ihr hatte er sechs Kinder. Georg Mackert verstarb am 24. Dezember 1912 in Ober-Roden.

Georg MACKERT war sein ganzes Leben lang politisch und gesellschaftlich aktiv. Die Gründung einer gesetzlichen Hilfskrankenkasse - Krankenunterstützungsverein - für die wachsende Zahl der in Offenbach und Frankfurt beschäftigten Arbeiter, deren Vorsitzender er bis zur Auflösung und Ablösung durch die Reichsversicherungsordnung 1906 war, ist mit sein Verdienst. Weiterhin war er stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft der Buchbinder für Offenbach und Frankfurt. Er war in jener Zeit vor Ort und im Wahlkreis Offenbach - Dieburg ein Motor der sozialdemokratischen Bewegung. So war er auch wieder Gründungsmitglied des Wahlvereins für volkstümliche Wahlen am 13. April 1890 nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes. Bei der Vorstands-

wahl am 20. April 1890 wurde er unter dem Vorsitzenden Joseph WEBER V. (*1861 / †1928) in den Vorstand gewählt.



Georg Mackert mit Familie

*Und weil die Zeit nur vorwärts will,
So schreiten vorwärts wir;
Die Zeit gebeut, nie stehn wir still,
Wir schreiten fort mit ihr.
Ein neues Jahr, ein neues Glück!
Wir ziehen froh hinein,
Denn vorwärts! vorwärts! nie zurück!
Soll unsre Losung sein.*

**AUGUST HEINRICH HOFFMANN
VON FALLERSLEBEN, 1843**

Lieber OV Rödermark, herzlichen Glückwunsch zum 150. Geburtstag! Kraft und Erfolg für die nächsten, gemeinsamen 150 Jahre wünscht Euch Euer »vorwärts«

**FREIHEIT
GERECHTIGKEIT
SOLIDARITÄT**

vorwärts

mit



Wir machen Inhalte zu Botschaften.



bnr.de
blick nach rechts



Der Wahlkreis „DUNNERKEIL“ Offenbach-Dieburg (Odenwald)

In seiner alten Form besteht der Reichstagswahlkreis Offenbach-Dieburg zwar schon lange nicht mehr, aber weder die Wahlkreisneugliederungen, noch die „Auskreisung“ der Stadt Offenbach und die Kreisreform im Jahre 1977 - 100 Jahre nach Wilhelm LIEBKNECHTS Reichstagskandidatur für die SPD - haben das in gemeinsamer politischer Arbeit entstandene Zusammengehörigkeitsgefühl der politisch Handelnden hinfällig werden lassen. Es ist der traditionsreichste sozialdemokratische Wahlkreis des ehemaligen Großherzogtums Hessen. Er umfasste Stadt und Kreis Offenbach, sowie im Wesentlichen den früheren Kreis Dieburg mit einem Teil des nördlichen Odenwaldes. Bei der Reichstagswahl von 1881 wurde er erstmals von dem Sozialdemokraten Wilhelm LIEBKNECHT (*29.3.1826 / †07.8.1900) gewonnen, neben Ferdinand LASSALLE und August BEBEL (*22.2.1840 / †13.08.1913) die bedeutendsten Persönlichkeiten der politischen Arbeiterorganisation in Deutschland.

Seitdem hat der bis dahin als nationalliberale Domäne geltende Wahlkreis den Namen „DUNNERKEIL“. Lange wurde erzählt, dass der hessische Großherzog persönlich der Namensgeber gewesen sein soll, indem er mit diesem Kraftwort sich „Luft zu verschaffen“ suchte ob der Wahl eines Sozialdemokraten im Großherzogtum.

Stimmzahlen in den Stichwahlen um das Reichstagsmandat im Wahlkreis Offenbach-Dieburg:

	STICHWAHL 23.1.1877		STICHWAHL 8.8.1878	
Kandidaten	F. Dernburg	W. Liebknecht	F. Dernburg	W. Liebknecht
Wahlkreis	12.281	10.544	11.136	10.539
Ober-Roden	7	322	13	300
Urberach	15	286	17	257

	STICHWAHL 8.11.1881		STICHWAHL 6.11.1884	
Kandidaten	W. Liebknecht	F. Hallwachs	W. Liebknecht	J. Schloßmacher
Wahlkreis	11.194	10.544	11.194	10.544
Ober-Roden	231	26	231	26
Urberach	153	37	153	37

	STICHWAHL 21.2.1887		STICHWAHL 28.2.1890	
Kandidaten	G. Böhm	W. Liebknecht	C. Ulrich	G. Böhm
Wahlkreis	11.646	8.024	13.131	11.125

Das erste Verbot aller sozialdemokratischen Vereine und Organisationen war zu diesem Zeitpunkt gerade mal drei Jahre in Kraft und begann sich gegen seine Urheber zu richten. Bei den Reichstagswahlen im Jahre 1884 wiederholte Wilhelm LIEBKNECHT seinen Erfolg. Dies setzte ab 1890 sein Nachfolger Carl ULRICH (*28.1.1853 / †12.4.1933) fort, der auch am 20. März 1920 zum ersten Staatspräsidenten des Volksstaates Hessen gewählt wurde.

Wilhelm Liebknecht
(1826 - 1900)
Erster Reichstagsabgeordneter WK Dunnerkeil



Stadt und Land im Umbruch

Die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch in Deutschland verstärkter einsetzende Industrialisierung führte zu einem rasch anwachsenden Industriearbeiterstand (Proletariat). Der hohe Bedarf an billigen Arbeitsplätzen mit einem großen Anteil von Frauen und Kindern löste eine gewaltige Wanderungsbewegung, „weg vom Land - hin in die Stadt“ (Landflucht) aus. Binnen weniger Jahrzehnte verwandelten sich in den Industriegebieten über Jahrhunderte ländlich geprägte Städte in Großstädte, in denen Fabriken und Arbeiterwohngebiete das neue Erscheinungsbild bestimmten. Diese Entwicklung lässt sich an der Entwicklung der Bevölkerungszahl vieler Groß- und Kleinstädte nachvollziehen, insbesondere in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis über den Jahrhundertwechsel hinein.

Bevölkerungsentwicklung

	Jahr	Einwohner
Darmstadt	1871	33.799
	1900	72.381
	1925	89.465
	2016	157.437
Offenbach	1871	22.689
	1900	50.468
	1930	81.966
	2016	124.589
Oder-Roden	1871	1.672
	1910	5.472
	2016	12.962

Das „Sozialistengesetz“ von 1878 und seine Auswirkungen

Das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“, so der offizielle Titel des Sozialistengesetzes, verbot alle sozialdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen Vereine, Versammlungen und Druckschriften. Sozialistische Agitatoren, Funktionäre oder Redner konnten von den Landespolizeibehörden verhaftet und aus einzelnen Wohnorten oder Bezirken ausgewiesen werden. Gastwirtschaften, Buchdruckern, Buchhändlern und Bibliothekaren wurde im Falle der Begünstigung der Sozialisten neben einer Freiheitsstrafe die Ausweisung aus dem Wohnort angedroht. Geldstrafen bis zu 500 Mark oder Gefängnis sah das Gesetz bei einfacher Mitgliedschaft vor. Parteifunktionäre, Redner, Ordner, insbesondere den Kassierern wurden Haftstrafen von einem Monat bis zu einem Jahr angedroht.

In den ersten zehn Jahren seiner Wirksamkeit wurden 1.299 Druckschriften, 95 gewerkschaftliche Zusammenschlüsse, 23 Unterstützungsvereine, 106 politische Vereine und 108 Bildungs-, Gesangs- und sogenannte „Vergnügungsvereine“ verboten.

Aus der Sichtweise des Staates war das Sozialistengesetz eine Art „Notstandsgesetz“, wählte man sich doch in der Abwehr einer staatsbedrohenden „Umsturzbewegung“. Das Gesetz stellte eine ganze Partei nicht etwa wegen begangener Verbrechen, sondern allein wegen ihrer nicht genahmten Gesinnung unter ein Sonderstrafrecht.

Auszug aus dem Gesetz

„Gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 und rechtskräftig im „Reichsanzeiger“ vom 22. Oktober 1878 veröffentlicht:

- § 1 Vereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken, sind zu verbieten.
- § 9 Versammlungen, in denen sozialdemokratische Bestrebungen zu Tage treten sind aufzulösen.



- § 11 Druckschriften, in welchen sozialdemokratische,
 . . . , auf den Umsturz der bestehenden Staats- u. Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten, sind zu verbieten.
- § 18 Wer für einen verbotenen Verein oder für eine verbotene Versammlung Räumlichkeiten hergibt, wird mit Gefängnis von einem Monat bis zu einem Jahr bestraft.
- § 28 Für Bezirke oder Ortschaften können von den Zentralbehörden der Bundesstaaten die folgenden Anordnungen für die Dauer von längstens einem Jahr getroffen werden:
 1. Dass Versammlungen nur mit vorgängiger Genehmigung der Polizeibehörde stattfinden dürfen,
 2. dass die Verbreitung von Druckschriften auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten nicht stattfinden darf;
 3. dass Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zu besorgen ist, der Aufenthalt in den Bezirken oder Ortschaften versagt werden kann.
- § 30 Dieses Gesetz tritt mit dem Tag der Verkündung in Kraft und gilt bis zum 31.3.1881.

Als besonders wirksame Waffe im Kampf gegen die deutsche Arbeiterbewegung erwies sich der Paragraph 28 des Gesetzes. Er erlaubte den Polizeibehörden die Verhängung des „Kleinen Belagerungszustandes“ über bestimmte Gebiete. So auch 1886 über die Stadt- und Landkreise Frankfurt/Main, Hanau, den Kreis Höchst und den Ober-Taunuskreis, 1887 über den Kreis Offenbach.

Der „Kleine Belagerungszustand“ ermöglichte es den Behörden, sozialdemokratischer Umtriebe verdächtige Personen aus dem betreffenden Gebiet auszuweisen. Die staatliche Ausweisungspraxis erwies sich jedoch insgesamt als ein Schlag ins Wasser, der den Verursacher selbst traf, indem gerade durch die aus ihren Wohnorten ausgewiesenen Männer, die Ideen der Sozialdemokratie auch in jene Gegenden transportiert wurden, in denen die Arbeiterbewegung bisher noch wenig oder gar keinen Einfluss gehabt hatte.

In den ersten Monaten des Sozialistengesetzes wurde die deutsche Sozialdemokratie hart getroffen. Alle Organisationen wurden aufgelöst oder lösten sich selbst auf. Parteizeitungen wurden verboten. Besonders aktive Mitglieder wurden ausgewiesen oder in Hochverratsprozessen mundtot gemacht. Die finanziellen Grundlagen der Partei wurden abgeschnitten. Alles schien zunächst vernichtet, was in mühevoller Kleinarbeit über die Jahre aufgebaut worden war. Trotz aller Einschränkungen durch das Sozialistengesetz konnten weiterhin sozialdemokratische Abgeordnete für den Reichstag gewählt werden. Allein die sozialdemokratische Reichstagsfraktion blieb handlungsfähig. Sie blieb während der 12 Jahre der Unterdrückung die Stimme der Sozialdemokratie. Der fünfköpfige Fraktionsvorstand mit August BEBEL, Karl GRILLENBERGER, Wilhelm LIEBKNECHT, Heinrich MEISTER und Paul SINGER, bildete bis zum Ende des Sozialistengesetzes auch die eigentliche Parteileitung.

Das Sozialistengesetz veränderte nachhaltig die innenpolitische Befindlichkeit des Reiches. Einerseits führte es im Ergebnis zur Spaltung und Schwächung des politischen Liberalismus in Deutschland, andererseits drängte es die Sozialdemokratie organisatorisch zu einem Abwehrkampf in den Untergrund. Die verbotenen Parteiorganisationen wurden durch Arbeitersportvereine, Arbeitergesangsvereine, Arbeiterbildungsvereine, durch Skat- und Rauchclubs und durch freiwillige Hilfskassen für die verfolgten und ausgewiesenen Genossen und deren Familien wenigstens teilweise ersetzt und nach einem Verbot oftmals unter anderem Namen wieder neu gegründet.

Sozialdemokratische Publikationen wurden beispielsweise in der Schweiz gedruckt und durch das weitverzweigte Verteilernetz der „Roten Feldpost“ in Deutschland verteilt. Im damals illegal verteilten „Sozialdemokrat“ schrieb August BEBEL im Juli 1881: „Das Sozialistengesetz hat uns zur Umänderung unserer alten Organisation genötigt, und wir haben sie den Umständen gemäß modifiziert. Hier so, dort so, wie die Verhältnisse es eben mit sich gebracht. An einem Ort ist die Organisation mehr lose, am anderen mehr zentralistisch - je nachdem.“

Unter den Bedingungen des Sozialistengesetzes wuchs die Anhängerschaft der Partei bis zum Jahr 1890 auf 1,4 Millionen Wähler an. Einzig die Reichstagswahl von 1881 hatte für die Partei einen Einbruch gebracht. Sie erhielt 125.197 Stimmen weniger als 1878 und war damals mit nur 12 Abgeordneten im neuen Reichstag vertreten.



Alles in allem war dies aber ein beachtlicher Erfolg bei allen Schikanen, Behinderungen, Verboten und Verhaftungen. Der Berliner „Times“-Korrespondent berichtete, man sei in den „höchsten Kreisen“ bestürzt über die Stärke der Sozialdemokratie.

In der folgenden Reichstagswahl von 1884 konnten die Sozialdemokraten die Mandate sogar verdoppeln, was auch darauf zurückzuführen war, dass diesmal der Wahlkampf nicht so stark wie 1881 unter polizeilicher Behinderung zu leiden hatte. Auch hatte der Reichstag beschlossen, dass bei dieser Wahl die Anmeldung einer Wahlversammlung mit einem sozialdemokratischen Redner nicht unter die Verbotsbestimmungen des Sozialistengesetzes fallen sollte.

Nach diesem Wahlerfolg der Sozialdemokraten war es dann aber wieder vorbei mit der „milderen“ Auslegung des Sozialistengesetzes durch die Polizeibehörden. Die Kreisämter im Großherzogtum Darmstadt verpflichtete die Bürgermeister, alle Personen, die man als Verteiler verbotener Wahlaufrufe erkannt hatte, weiterhin genauestens überwachen zu lassen.

In der Reichstagswahl 1887 vergrößerten die Sozialdemokraten abermals den Stimmanteil gegenüber der vorangegangenen Wahl, verloren aber nach einem Wahlkampf voller schikanöser Polizeieingriffe und auf Grund der ungerechten Wahlkreiseinteilung insgesamt 13 Mandate.

Bei der letzten Reichstagswahl, die noch unter den Verbotsparagrafen des Sozialistengesetzes im Februar 1890 stattfand, erreichte die Partei 1.427.000 Stimmen. Sie hatte damit fast 20% aller Stimmen auf sich vereinigen können, allerdings wegen der ungleichen Wahlkreiseinteilung nur 35 Mandate erzielt. Bei einer gerechteren Wahlkreiseinteilung und ungefähr gleicher Bevölkerungszahl hätten die Sozialdemokraten mit ihrem Stimmenanteil etwa 75 Mandate erringen können. Es blieb ihnen aber die Genugtuung, trotz Verleumdung und Verfolgung, die stärkste Partei in Deutschland geworden zu sein.

12 Jahre hatte sich die Partei illegaler Methoden bedient, um in Einigkeit überleben zu können. Mehrfach hatten in diesen Jahren im Ausland Parteiversammlungen stattgefunden, auf denen programmatische aber auch ganz pragmatische Entscheidungen vorbereitet und entschieden wurden. Auf dem im Schweizer Wyden 1880 abgehaltenen

Partei-kongress passte sie ihr Programm den Begebenheiten an, indem sie erklärte, ihre Ziele „mit allen Mitteln“ und nicht mehr wie bisher „mit allen gesetzlichen Mitteln“ anzustreben zu wollen. Dies sollte nicht auf den beabsichtigten Umsturz der Verhältnisse hindeuten, sondern auf die zwangsläufig illegalen Mittel des politischen Kampfes aus dem Untergrund.

In der Schweiz wurde auch seit 1879 der „Sozialdemokrat“ herausgegeben, die bedeutendste Parteizeitung, die einmal wöchentlich erschien und auf abenteuerlichen Kanälen in immer größerer Auflage nach Deutschland geschmuggelt wurde, ohne dass die Polizei die Verteilung des Blattes wesentlich behindern konnte. Als auf Druck der deutschen Regierung die Schweiz die Redaktion des „Sozialdemokrat“ 1888 auswies, wurde die Zeitung noch im gleichen Jahr in London herausgegeben.

Im Wahlkreis Offenbach-Dieburg war das Hauptagitationsmittel zu jener Zeit das „Offenbacher Abendblatt“. Bereits vor dem Sozialistengesetz als Neue Offenbacher Tageszeitung gegründet und seit 1875 von Carl ULRICH, dem späteren SPD Landtags- und Reichstagsabgeordneten und erstem Hessischen Minister- und Staatspräsidenten des Volksstaates Hessen, herausgegeben. Sie war eine der wenigen sozialdemokratischen Zeitungen, die fast während der gesamten Zeit der Sozialistengesetze, zum Teil mit wechselnden Namen, erschien. Ihre Redakteure mussten, wie die praktisch aller sozialdemokratischen Blätter, ihr Engagement mit Geld- oder Gefängnisstrafen büßen. Doch auch noch nach 1890 versuchten Staatsanwälte, die Existenz des Parteiblattes durch die Verhängung hoher Strafen zu untergraben.

An der stetigen Zunahme sozialdemokratischer Wählerstimmen konnte auch nicht die von Bismarck eingeführte Sozialgesetzgebung etwas ändern (1883 Krankenversicherungspflicht, 1884 Unfallversicherung, 1889 Alters- und Invalidenversicherung). Der Versuch, dadurch die Arbeiterschaft der Sozialdemokratie zu entfremden, schlug jedenfalls fehl. Allerdings brachen innerhalb der Partei vorübergehend alte als überwunden geglaubte Richtungskämpfe zwischen reformerischen Lassalleanern und klassenkämpferischen Marxisten aus, weil die erste Gruppe glaubte, das revolutionäre Programm der Partei sei jetzt überflüssig, weil sich der Staat selbst mit der Aufgabe befasse, die Gesellschaft im Sinne einer Lösung der sozialen Frage umzugestalten.



Das Ende des Sozialistengesetzes läutete gleichzeitig auch das Ende der Ära Bismarck ein. In der Reichstagsitzung vom 25. Januar 1890 scheiterte die Verlängerung des Gesetzes an der Weigerung Bismarcks, künftig auf den Ausweisungsparagraphen zu verzichten. Die Nationalliberale Partei machte davon ihre Zustimmung abhängig.

Als am 30. September 1890 das Sozialistengesetz auslief, konnte Bilanz gezogen werden: Verboten waren 155 periodische und 1.200 nicht periodische Schriften; ca. 900 Personen wurden ausgewiesen, darunter 500 Familienväter; ca. 1.500 Personen waren zu insgesamt 1.000 Jahren Gefängnis verurteilt worden.

In seinen Lebenserinnerungen beschrieb August BEBEL seine Empfindungen in jenen Jahren mit den Worten: „Dass man uns wie Vagabunden und Verbrecher ausgewiesen und ohne eine gerichtliche Prozedur von Weib und Kind gerissen hatte, empfand ich als eine tödliche Beleidigung. Hätte ich die Macht gehabt, hätte ich dieses vergolten. Kein Prozess, keine Verurteilung hat je bei mir ähnliche Gefühle des Hasses, der Er- und Verbitterung hervorgerufen, als jene sich von Jahr zu Jahr erneuernden Ausweisungen, bis endlich der Fall des unhaltbar gewordenen Gesetzes dem grausamen Spiel mit menschlichen Existenzen ein Ende machte.“

Tief war der Stachel des Misstrauens und der Abneigung gegenüber dem Staat in das Bewusstsein vieler Sozialdemokraten eingedrungen. Die Doppelstrategie des Staates aus „Zuckerbrot und Peitsche“ hatte nicht ausgereicht, um die Masse der Arbeiterschaft zu ködern, zu tief hatte sich die Kluft aufgetan. Wie berechtigt diese Vorbehalte gegenüber dem Staat waren, sollte sich auch nach dem Auslaufen des Gesetzes zeigen. Die Diffamierung der Anhänger der Sozialdemokratie als „vaterlandslose Gesellen“ durch die staatliche Bürokratie ging unvermindert weiter.

Misstrauen blieb das vorherrschende Verhalten, wie staatliche Obrigkeit, im Reich gleichermaßen wie in den Verwaltungsgliederungen der einzelnen Bundesstaaten, der neu aufblühenden politischen Partei begegnete. Insbesondere die Überwachung der politischen Aktivitäten der Partei wurde mit allen obrigkeitsstaatlichen Mitteln fortgesetzt. Dabei bediente man sich der nach wie vor geltenden repressiven Paragraphen des Vereinsrechts und des Vereinigungsverbot

zeller politischer Gruppen zu übergeordneten Einheiten.

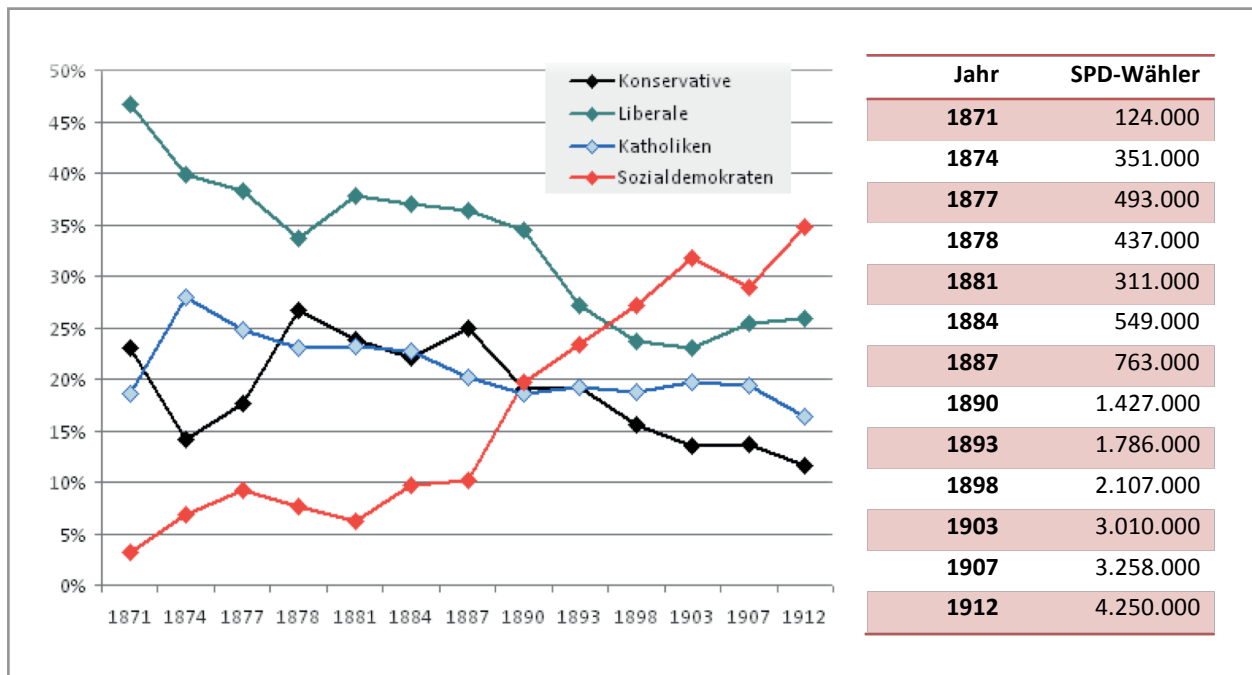
Allen Ernstes wurde die Frage aufgeworfen und öffentlich diskutiert, ob Beamte überhaupt das Recht besäßen, sozialdemokratisch zu wählen. Regelmäßig wurden die Bürgermeister durch Verfügungen der Kreisbehörden angewiesen, sozialdemokratische Veranstaltungen, auch wenn sie in einem Saale stattfanden, überwachen zu lassen und über den Verlauf der Behörde Bericht zu erstatten.

1898 wies das Großherzogliche Kreisamt Darmstadt, diesmal aus Anlass der bevorstehenden Reichstagswahl, die Bürgermeister mehrfach an, über sozialdemokratische Wahlversammlungen genauestens zu berichten. Außerdem wurde darauf hingewiesen, dass diese Versammlungen durch die großherzogliche Gendarmerie überwacht würden.

Misstrauen und Verdächtigungen blieben weiterhin die Kriterien, die das Verhältnis des Staates zur Sozialdemokratie bestimmten. Noch 1906 verfügte das großherzogliche Kreisamt in einem als geheim eingestuften Rundschreiben an die Bürgermeister, dass sie über sozialdemokratische Aktivitäten bei Rekrutenabschiedsfesten genauestens zu berichten hätten. Hintergrund war der auf dem Jenaer Parteitag gefasste Beschluss, künftig Militärpflichtige über ihre Rechte in öffentlichen Versammlungen oder durch Flugblätter aufzuklären.

Im Ergebnis bewirkten diese regressiven Maßnahmen genau das Gegenteil des beabsichtigten Zweckes. Anstatt die Anhängerschaft der Sozialdemokratie einzuschüchtern und von einer Wahlentscheidung pro Sozialdemokratie abzuhalten, führten diese Maßnahmen zu einer Solidarisierung sozialdemokratisch eingestellter Wähler. Nicht nur im Reich konnten die Sozialdemokraten von Wahl zu Wahl ihren Stimmenanteil steigern, sondern trotz fortbestehender Benachteiligung durch die ungleichgewichtigen Wahlkreise auch die Zahl ihrer Abgeordneten im Reichstag steigern. Bei der Reichstagswahl von 1912 wurde die sozialdemokratische Fraktion mit 110 Abgeordneten schließlich die stärkste parlamentarische Gruppe.

Sozialdemokratische Wählerstimmen bei den Reichstagswahlen 1871-1912



Das erste gesamtdeutsche Parlament, der Reichstag, war Spiegelbild für den politischen Wandel im Deutschen Kaiserreich, der sich bis heute bemerkbar macht. Mit Gründung des Deutschen Kaiserreichs im Jahr 1871 bekam das deutsche Volk eine für damalige Zeit moderne parlamentarische Vertretung, den Reichstag. Wahlberechtigt waren alle Männer über 25, die Stimmen hatten – im Gegensatz zum Dreiklassenwahlrecht – gleiches Gewicht und sie waren zumindest formell geheim.

Der Reichstag im Kaiserreich war prägend für die politische Entwicklung Deutschlands. Die oben in der Grafik aufgezeigten Wahlergebnisse der einzelnen Wahlperioden zeigen dies deutlich auf.

Der Reichstag von 1877 wurde 1878 aufgelöst, als nach zwei missglückten Attentaten auf Kaiser Wilhelm I. – einer durch einen Arbeiter erfolgt – sich einige Liberale gegen die reak-

tionär beschlossenen Sozialistengesetze wandten. Aus der darauf folgenden Wahl gingen die Konservativen auf Kosten der Liberalen und Sozialdemokraten als Sieger hervor.

Zweimal war die Heeresvorlage der Regierung Grund für vorzeitige Neuwahlen. Auch hierbei nutzte die Neuwahl der Regierung.

Ebenfalls militärisch begründet war die Auflösung des Reichstags im Jahr 1906, damit ein Nachtragshaushalt zur Finanzierung eines Kolonialkrieges auf den Weg kam. Mit Wahlkreisabsprachen konnten die regierungstreuen Parteien bei der Wahl 1907 erneut eine Mehrheit zustande bringen.



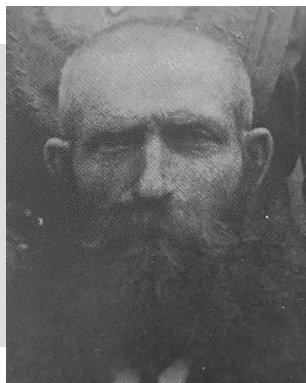
Sozialdemokratischer Wahlverein 1890 in Ober-Roden

Nach dem Auslaufen des Sozialistengesetzes setzte dann überall in Deutschland eine Gründungswelle sozialdemokratischer Wahlvereine ein, die bis ins erste Jahrzehnt des zwanzigsten Jahrhunderts anhielt.

Einige Beispiele dazu aus unserer Heimat: 1889 Langen (1869 ADAV), 1890 Ober-Roden (1868 ADAV) und Heusenstamm (1867 ADAV), 1891 Offenbach-Bieber (ADAV 1867) und Seligenstadt (ADAV 1869), 1892 Obertshausen (ADAV 1868) und Egelsbach, 1896 Urberach (ADAV nach 1868 mündlich überliefert) und Dudenhofen, 1897 Jügesheim, 1898 Nieder-Roden (1869 ADAV) und Weiskirchen, 1901 Schaafheim, 1904 Offenthal, 1907 Messel.

Die Gründung des „Wahlvereins für volkstümliche Wahlen“ in Ober-Roden erfolgte am 13.4.1890 und die erste Vorstandswahl war am 20.4.1890. Mit 21 Stimmen wurde Joseph WEBER V. zum ersten Vorsitzenden und mit 18 Stimmen Adam KELLER zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Weitere Vorstandsmitglieder wurden Jakob BREHM mit 16 Stimmen und Georg MACKERT mit 15 Stimmen. Adam BREHM wurde Kassierer. Die ersten sozialdemokratischen Gemeinderäte waren 1892 Franz BERKER und Johann HITZEL.

Joseph Weber V.,
Gründungsvorsitzender
SPD Ober-Roden (1890)



Mit diesen Angaben beginnen die schriftlichen Aufzeichnungen des SPD-Ortsvereins Ober - Roden, etwa 500 handschriftlich geführte Protokollseiten in zwei Bänden aus den Jahren 1890 - 1929. Jahrzehntelang galten sie als verschollen. Erst Ende 1972 fanden sich diese unersetzlichen Dokumente für die örtliche Geschichte der Arbeiterbewegung wie durch einen Zufall wieder, auf dem Speicher der Bau- und Möbelschreinerei RICKERT/FECHER, Erzberger Str. 8.

Der 1946 verstorbene Vorsitzende der SPD vor 1933, Franz WUNDERLICH, entzog sie so im Zusammenwirken mit dem Möbelschreiner RICKERT dem Zugriff der Nazis. Das Versteck geriet in Vergessenheit. Durch Zufall wurden die Protokolle mit mehreren ebenfalls versteckten Büchern von Franz FECHER wieder zutage gefördert.

Die ersten sozialdemokratischen Gemeinderäte zogen in das Ober-Rodener Gemeindeparlament ein. Von der Mitgliederversammlung des Wahlvereins am 11.12.1898 ist der folgende Beitrag des Vorsitzenden Joseph WEBER V. aufgezeichnet: „Nach 25-jährigem Kampfgeist ist es doch einmal der Arbeiterschaft gelungen, einige Vertreter in den Gemeinderat zu bringen. Vor 6 Jahren konnte man aufgrund des Wahlprogramms unserer Klasse drei Sitze im Gemeinderat einräumen. Es sei aber von allen Seiten der Arbeiterschaft Ober-Rodens schon das Verlangen gestellt worden, einmal von der Tätigkeit der Gemeinderatsmitglieder unterrichtet zu sein ... um einmal Rücksprache zu nehmen, wie dieselben sich zu den gegenwärtigen Situationen zu stellen, nämlich dem allseitigen Verlangen, die Sitzung des Gemeinderats öffentlich tagen zu lassen ... Er führte unter anderem an, wie sich nur die drei Vertreter dazu herbeiließen, diese horrende Summe von fünfzigtausend Mark zum Kirchenbau zu bewilligen ... und wenn man doch soviel Geld hat, um dem lieben Gott ein Haus zu bauen, so muss auch Geld herbeigeschafft werden, um den armen Arbeitern, die hier in den schlechtesten Wohnungen leben und einen hohen Mieth aufbringen müssen, Arbeiterwohnungen zu bauen. Und er stellte im Interesse der hiesigen Arbeiterschaft den Antrag, die Gemeinderäte aufzufordern, dort im Gemeinderat den Antrag auf Erbauung von Arbeiterwohnhäusern zu stellen. Wenn kein Geld vorhanden sei, so solle man sich nur an die Alters-Invaliden-Versicherung wenden, welche bereitwillig zu solchen Zwecken die Anleihen bietet. Was den Antrag auf die Öffentlichkeit der Sitzungen anbelangt, so sollte man darauf bedacht sein, dass bei Erbauung eines uns bevorstehenden neuen Schulhauses gleich ein Saal errichtet wird, in welchem die Sitzungen stattfinden könnten. Desgleichen besprach er in längeren den Gemeindebrunnen in der Schule sowie die schlechte Einrichtung des Schulbaues selbst ... Für den Brunnen ohne Wasser hätte man drei mit Wasser erhalten, das heißt, wenn man damals es besser verstanden hätte oder verstehen wollen.“

Ins Gefängnis für „rohe Redensarten“ kam mit 24 Jahren Franz NEUHÄUSEL. Am 16.06.1898 wurde der Sozialdemokrat Carl ULRICH bei der Reichstagswahl gleich im ersten Wahlgang mit mehr Stimmen gewählt, als seine Mitkandidaten vom Centrum, der Nationalliberalen und der Antisemitischen Partei zusammen erhalten hatten. Für einen Ober-Röder hatten die Wahlauseinandersetzungen weniger angenehme Folgen. Der „Odenwälder Bote“ vom 30.07.1898 berichtet: „Oro.: Gelegentlich der letzten Reichstagswahl hatte der Sozialdemokrat Franz NEUHÄUSEL eine Centrumsveranstaltung in gröblichster Weise zu stören versucht und sich dabei in rohen Redensarten gegen die Geistlichkeit ergangen. Vom Schöffengericht zu Langen wurde NEUHÄUSEL nunmehr wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt zu zwei Monaten, wegen Hausfriedensbruchs zu sieben Wochen Gefängnis verurteilt.“

Wilhelm WEBER (4.2.1876 - 3.10.1959), Metallschleifer, trat 1896 in die Organisation ein. Er war von 1907 - 1920 Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter Verbandes in Offenbach, lediglich unterbrochen durch den Ersten Weltkrieg, an dem er von 1914 - 1917 teilnahm. Nach seinem Umzug nach Offenbach war er dort Verwaltungskommissionsvorsitzender der Volksfürsorge in Offenbach und von 1913 - 1919 und von 1926 - 1930 SPD Stadtverordneter. Von 1920 - 1924 war er angestellter Revisor des Metallarbeiterverbandes für das Reichsgebiet und danach bis 1933 Gewerkschaftssekretär des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und Vorsitzender des Gewerkschaftskartells in Offenbach. Von 1927 - 1933 war er Vorsitzender des SPD Landesverbandes Hessen. Abgeordneter im Landtag des Volksstaates Hessen wurde er 1924 bis zu seiner Wahl in den Reichstag 1931. Während der NS-Zeit wurde er im Mai 1933 in Schutzhaft genommen und ins KZ Dachau verbracht. Später wurde er von September - Oktober 1944 erneut im KZ Dachau interniert. Nach dem Ende des Nationalsozialismus war er am Wiederaufbau der Gewerkschaften in Offenbach und Hessen beteiligt. Von 1945 - 1949 war er Vorsitzender der IG Metall in Offenbach.

Die Vorsitzenden der SPD in Ober-Roden 1890 bis 1914

1. Joseph WEBER V., Former, (Gründungsvorsitzender nach dem Sozialistengesetz) 1890 - 1898, 1899 - 1900 und 1903;
2. Adam BREHM, Kassierer im Gründungsvorstand, 1898 Vorsitzender, verzog 1898;
3. Konrad WEBER II., 1898 - 1899, 1901 - 1903;
4. Thomas RIES, 1900 - 1901;
5. Mathias MERGET, genannt „Rot-Mattes“, 1903 - 1904, 1906, 1908;
6. Adam SCHROD, 1904 - 1905;
7. Michael SCHWERBER, 1905 - 1906;
8. Heinrich BECKMANN, Schleifer, 1907;
9. Johann Baptist HORNUNG, genannt „Bach-Jean“, Former, 1907 - 1908, 1910 - 1913 und 1920 - 1925;
10. Georg WINTER, Schleifer, 1908 - 1909;
11. Adam SCHROD XIII., Schlosser, 1913 - 1914;
12. Philipp MIETH I., 1914



Der Parteitag in Halle 1890 mit der noch heute bekannten Festlegung des Parteinamens

Bismarcks Niederlage in der entscheidenden Sitzung des Reichstages am 25.1.1890 hatte unter den sozialdemokratischen Parteimitgliedern überall im Land spontane Freudenfeiern ausgelöst. Die nach Auflösung des Reichstags bereits für den 20.2.1890 angesetzte Neuwahl führte zu einem Stimmenzuwachs der Partei um über 600.000 Stimmen. Rund 1,4 Millionen Wähler hatten sich für die Sozialdemokraten entschieden. Auch andere Oppositionsparteien wie Freisinnige und Süddeutsche Volkspartei hatten beachtliche Stimmengewinne zu verbuchen, während Konservative und Nationalliberale starke Einbrüche hinnehmen mussten. Allein die ungerechte Stimmenwertung bei dem geltenden Mehrheitswahlrecht verhinderte, dass die Sozialdemokraten im Reichstag die stärkste Fraktion stellen konnten.

Nach den 12 Jahren des Verbots, der Unterdrückung und Verfolgung konnte und wollte man nicht wieder dort anfangen, wo man 1878 aufgehört hatte. Das Verlangen nach einem neuen Organisationsstatut, das die gemachten Erfahrungen aufnahm und nach einem überarbeiteten politischen Programm war allgemein.

Diese Aufgabe musste wenige Tage nach dem Auslaufen des Sozialistengesetzes eingeladene Parteitag vom 12. - 18.10.1890 in Halle erfüllen. Dabei musste die SPD, offizieller Parteiname seit Halle, den noch immer geltenden reaktionären Vereinsgesetzen und der Gefahr erneuter Ausnahmegesetze Rechnung tragen. Weiter galten Verbote, die eine in Orts-, Kreis-, Bezirks-, Landes- und Reichsverband gegliederte Parteiorganisation verboten.

Auf der Ebene der Wahlkreise wurde das Vertrauensleutesystem beibehalten. Die Vertrauenspersonen, die alljährlich auf öffentlichen Versammlungen aller Genossen in einem Wahlkreis gewählt wurden, waren verpflichtet, ihre Wahl und ihre Anschrift der Parteileitung sofort mitzuteilen. Sie nahmen Mitteilungen der Parteileitung entgegen oder unterrichteten die Parteiführung über die Entwicklung in den Orten und Wahlkreisen.

Weitere wesentliche Aufgaben waren die politische Agitation und die Weiterleitung der gesammelten Geldbeträge an den Parteivorstand. Untereinander hatten die Vertrauensleute keine offizielle Verbindung, einerseits um die Bedingungen des Vereinsgesetzes zu erfüllen und um andererseits keine Möglichkeit der Unterwanderung zu bieten. Vertrauensleuten war es daher auch untersagt, in lokalen Parteiorganisationen ein Vertrauensamt zu bekleiden.

Auf der lokalen Ebene entstanden formal unabhängig von einer übergeordneten Parteiorganisation politische Vereine, die sogenannten „Wahlvereine“. Hauptaufgabe dieser politischen Vereine war die „Förderung sozialdemokratischer Bestrebungen auf allen Gebieten des gesellschaftlichen und politischen Lebens“, vor allem aber die politische Agitation. Weitere Aufgaben der Wahlvereine waren die Organisation öffentlicher Wählerversammlungen, die Absprachen über taktisches Verhalten vor politischen Wahlen und vor Parteiwahlen, die Durchführung von Plakataktionen, die Massenverteilung von Flugblättern, die Beschaffung von Geldmitteln für die Partei durch Listensammlungen, den Verkauf von Parteibons, die Werbung für die Gewerkschaftsbewegung, den Vertrieb der örtlichen Parteipresse, die Organisation von Bildungsveranstaltungen und die Pflege der Geselligkeit unter den Mitgliedern.

Tagesordnung des Parteitages.

Sonntag den 12. Oktober, Abends 7 Uhr:

Vorversammlung. Konstituierung des Parteitages und Wahl einer Kommission für die Prüfung der Vollmachten.

Montag den 13. Oktober und die folgenden Tage:

1. Bericht der Parteileitung. Berichterstatter: Hebel.
2. Bericht der Revisoren.
3. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der Reichstagsfraktion. Berichterstatter: Singer.
4. Die Organisation der Partei. Berichterstatter: Auer.
5. Vornahme der Wahlen auf Grund der angenommenen Organisation.
6. Das Programm der Partei. Berichterstatter: Liebknecht.
7. Die Parteipresse. Berichterstatter: Auer und Hebel.
8. Die Stellung der Partei zu Streiks und Boykotts. Berichterstatter: Grillenberger und KLoß-Stuttgart.
9. Anträge aus der Mitte des Parteitages.

Arbeiterwahlverein 1896 in Urberach

Am 6.9.1896 erfolgte in Urberach die Gründung des Arbeiterwahlvereins SPD. An diesem Tag sprach im Gasthaus „Zur Sonne“ der spätere bayerische Landtags- und Reichstagsabgeordnete Josef SIMON, ein Schuhmacher aus Offenbach. Das Offenbach Abendblatt berichtete: „... Er forderte die Anwesenden auf, auch hier einen Arbeiterverein zu gründen, um ein Glied in der Kette der Arbeiterbewegung zu bilden. ... Eine in diesem Sinne vorgeschlagene Resolution wurde einstimmig angenommen. ... Nach Schluss der Versammlung ließen sich sofort ca. 50 Genossen in die Listen zur Gründung eines Vereins einzeichnen.

Bei den ersten Vorstandswahlen am Sonntag, dem 13.9.1896, wurde Karl Georg RINK (5.12.1872 - 4.11.1960), der spätere Sekretär der Kreisorganisation von 1907 bis 1916 zum ersten Vorsitzenden gewählt. In dieser Zeit nahm er auch als Delegierter an den Parteitagen in München vom 14. - 20.9.1902, in Jena vom 17. - 23.9.1905, in Mannheim vom 23. - 29.9.1906, in Leipzig vom 12. - 18.9.1909, in Chemnitz vom 15. - 21.9.1912 und in Jena vom 14. - 20.9.1913 teil.

Gründungsvorsitzender
SPD Urberach –
Karl-Georg Rink
(1896)



Im Juni 1898 wurde bei der Reichstagswahl Carl ULRICH mit absoluter Mehrheit im Wahlkreis Offenbach-Dieburg in den Reichstag gewählt. Sechs Wochen später, bei der Gemeinderatswahl wurden vier Gemeinderäte gewählt. Die Urberacher wählten u.a. den Sozialdemokrat Michael DELLER, Fabrikarbeiter, mit 140 Stimmen ins Rathausparlament. Während in früheren Jahren die Wahlbeteiligung 40-60% betrug, wählten diesmal 85,5% der Wahlberechtigten.

Für die SPD war die Wahl ein großer Erfolg, zumal viele ihrer Wähler, die auswärts arbeiteten, zur Wahl unter Lohneinbußen nach Urberach kommen mussten. Daher setzten sich

die Sozialdemokraten immer wieder für eine Änderung des (Werktag-)Wahltermins ein, was erst ab 1919 generell gelang. Mit mehr als viertausend Besuchern war die Fahnenweihe 1901 ein Großereignis. Dazu schrieb Aloys Georg Ludwig-RINK, auch Wiener-Lui genannt:

„Nach langem Bemühen gab der Gastwirt Emil MICKLER seinen gepachteten Pfarracker links der Wilhelm-Leuschner-Str. der Partei als Festplatz. Das brachte die Kirche und die Zentrumspartei in große Aufregung. Man versuchte alles, um dies zu verhindern, sogar das Gericht sollte einschreiten. Es half alles nichts. Der Pfarracker wurde Festplatz der Sozialdemokratischen Partei in Urberach.“ Festredner war einer der Vorsitzenden der SPD, der Reichstagsabgeordnete Paul SINGER aus Berlin.



Die Gemeinderäte befassten sich zu dieser Zeit neben den Fragen zur Verpachtung des Gemeindelandes, der Faselthierhaltung, der Beschaffung einer Waage usw. auch mit Projekten, die auch heute wieder die Parlamentarier beschäftigen. So forderte eine Volksversammlung im Februar 1898 den Weiterbau der Eisenbahnstrecke von Offenbach nach Dietzenbach - heute S 2 - bis Messel über Urberach. Auch Fragen der Wasserversorgung spielten eine große Rolle, da Urberach nur drei öffentliche Brunnen hatte.

Am 15.5.1908 wurde im Reichstag ein neues Vereinsgesetz verabschiedet. Jetzt durften auch Frauen zu politischen Vereinen und Versammlungen zugelassen werden. Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren war dies verwehrt. Zudem mussten sich alle Vereine mit Angabe ihres Vorstandes und der Satzung beim Großherzoglichen Kreisamt melden. Den Sozialdemokratischen Verein in Urberach vertraten damals als 1. Vorsitzender Aloys Georg -Ludwig- RINK, 2. Vorsitzender Michael Kurt LOTZ, Kassierer Michael FAUST, Schriftführer Adam LANG und die Beisitzer Adam WOLFENSTÄDTER, Valentin BRAUN und Valentin HAIN.



Das Erfurter Programm von 1891 und die politischen Ziele der SPD

Die programmatische Neuausrichtung der Sozialdemokratie nach dem Ende des Sozialistengesetzes erfolgte auf dem Erfurter Parteitag vom 18. - 20. Oktober 1891. In der Verbindung marxistischer Prognosen über die Zukunft des Kapitalismus mit konkreten demokratischen Forderungen wurde dieses Programm für die nächsten dreißig Jahre die Richtschnur des Handelns für die deutsche Sozialdemokratie. Das Programm selbst war ein Gemeinschaftswerk von Karl KAUTSKY (1854 - 1938), der den theoretischen, grundsätzlichen Teil verfasste und Eduard BERNSTEIN (1850 - 1930), der die praktischen Forderungen formulierte.

Im zweiten Teil des Programms stellte die Sozialdemokratie ihre konkreten Forderungen für eine gesellschaftliche Anerkennung und staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Arbeiterschaft auf, für deren wirtschaftliche Besserstellung und soziale Absicherung.

Im Einzelnen forderte das Parteiprogramm:

- a) "Wahlrecht für Staat und Behörden", das heißt - ein allgemeines, gleiches und direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen, - Verhältniswahlrecht und Neueinteilung aller Wahlkreise nach jeder Volkszählung und - Durchführung der Wahlen an einem gesetzlichen Ruhetag.
- b) "Volksbegehren und Volksentscheide", das heißt - direkte Gesetzgebung durch das Volk durch ein Vorschlags- und Verwerfungsrecht, - die Wahl der Behörden durch das Volk und Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben.
- c) "Landesverteidigung", das heißt - die Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit, - eine Volkswehr anstelle der stehenden Heere, - die Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung, - die Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Weg.
- d) "Gleichberechtigung der Frau", das heißt - die Abschaffung aller Frauen diskriminierenden Gesetze.

- e) "Kirche und Staat", das heißt - Religion ist Privatsache, - Kirchliche und religiöse Gemeinschaften sind private Vereinigungen, - Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu religiösen und kirchlichen Zwecken.
- f) "Schule", das heißt - keine kirchliche Schulaufsicht, - die Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Schulen.
- g) "Rechtspflege", das heißt - die Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes, - die Volkswahl der Richter, - die Entschädigung zu Unrecht Verhafteter, Angeklagter und Verurteilter, - die Abschaffung der Todesstrafe.
- h) "Gesundheitspolitik", das heißt - die Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe, - kostenfreie Heilmittel, - kostenfreie Bestattung.
- i) "Steuern", das heißt - die Steuerstufen je nach Einkommens- und Vermögenslage, - die Erbschaftsteuer gestaffelt nach Umfang des Erbgutes und des Verwandtschaftsgrades, - die Abschaffung aller indirekten Steuern und Zölle, die nur den Interessen einer bevorzugten Minderheit dienen.

Zum Schutz der bislang benachteiligten Arbeiterklasse forderten die Sozialdemokraten eine nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung mit den Schwerpunkten:

- 8 Stunden Tag,
- Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren,
- Einschränkungen der Nachtarbeit auf das unbedingt nötige Maß.
- wöchentlich eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden,
- staatliche Gewerbeaufsicht,
- Verbesserungen der gewerblichen Hygiene,

- rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter mit denen der gewerblichen Wirtschaft,
- Recht der Arbeiter auf Bildung von Gewerkschaften (Koalitionsrecht) und
- Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung der Sozialversicherung.

Der politische Kampf um die Durchsetzung der Ziele in den folgenden drei Jahrzehnten begründete den Anspruch der SPD, die eigentliche reformorientierte politische Kraft in Deutschland zu sein.

Als erste politische Partei betrieb die Sozialdemokratische Partei Deutschlands praktische Politik aus einem einheitlichen Gesamtbild der verschiedensten Politikfelder heraus, deren Niederschlag schließlich bis in die Kommunalpolitik hineinreichte.

„Flagge zeigen“ - Ansätze sozialdemokratischer Kommunalpolitik

Bereits der Parteitag von Halle 1890 beschäftigte sich mit der Frage einer Beteiligung von Sozialdemokraten an Stadtverordneten- und Gemeinderatswahlen. Nach kontrovers geführten Diskussionen empfahlen die Delegierten den Parteimitgliedern, sich überall, auch wenn nur propagandistische Erfolge zu erlangen wären, an allen Wahlen zu beteiligen, seien es Wahlen für den Reichstag, für die Landtage, für die Kreistage oder für die Gemeindevertretungen.

Vielorts nahmen sich Sozialdemokraten dieser Empfehlung an. Es dauerte aber noch ein Jahrzehnt und mehr, bis der erste Schritt auf dem Parteitag in Mainz im Jahre 1900 getan wurden und die Ausformulierung einer eigenständigen sozialdemokratischen Kommunalpolitik innerhalb der gesamten SPD zu einem zentralen Anliegen wurden. Dazu sollte das Zentralorgan der SPD, der „Vorwärts“ künftig allmonatlich eine Beilage erhalten, in der regelmäßig kommunalpolitische Fragen erörtert werden konnten.

1904 auf dem Parteitag in Bremen wurde dann das erste eigenständige kommunalpolitische Programm beschlossen. Initiator dieses Programms war der württembergische Reichstagsabgeordnete Hugo LINDEMANN, der bereits 1902 auf dem Münchner Parteitag in einem Referat Grundzüge eines Programms vorgelegt hatte, das von den Delegierten jedoch aus organisatorischen und zeitlichen Gründen nicht mehr erörtert worden war.

An erster Stelle stand der Kampf gegen sämtliche Wahlrechtsbeschränkungen und für die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts auch auf der Ebene der Gemeinden. U.a. wurde auch für alle städtischen Monopolbetriebe die Übernahme in städtische Regie verlangt. Daneben standen durchgängige Forderungen nach Verbesserung der sozialen Verhältnisse und der Volksbildung.



Das Kommunalpolitische Programm der SPD vom 25. September 1904

Auf dem SPD Parteitag in Bremen vom 18. - 25.9.1904 beschlossen die Delegierten: „Die Gemeinde im heutigen Staat ist ein Verwaltungskörper, der den sozialen Bedürfnissen einer an die begrenzte Lokalität gebundene Bevölkerung dient. Im Gegensatz zu den heutigen im Dienst der herrschenden Klassen geschaffenen Verfassung und von ihren Interessen beherrschten Verwaltung der Gemeinde verlangt die Sozialdemokratie die Umgestaltung des kommunalen Verfassungs- und Verwaltungswesens nach folgenden Grundsätzen:

1) Die Verwaltung der Gemeinde soll nur dem Gesetz und den Gerichten unterworfen sein. Daraus folgt:

- Bildung der Gemeindevertretung durch allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlen;
- Aufhebung der die Selbstverwaltung einschränkenden Befehlsgewalt der Staatsbehörden gegenüber den Gemeinden;
- Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechts auf das Recht der Beanstandung ungesetzlicher Verwaltungsakte der Gemeinden.

2) Regelung des Gemeindesteuerwesens durch Staatsgesetz. Die Deckung des kommunalen Bedarfs soll erfolgen durch:

- Staatliche Zuschüsse für die Aufgaben des Volksgesundheitswesens, des Schulwesens der Armenpflege, des Wegebbaus;
- Zuschläge zu den staatlichen Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern;
- Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses an Grund und Boden.

3) Grundsätze für die kommunale Verwaltung:

- Einrichtung und Betrieb kommunaler Anstalten zur Wasser-, Wärme- und Stromversorgung durch die Gemeinden selbst zur Vermeidung monopolistischer Ausbeutung;

- Einrichtungen der Volksgesundheitspflege, wie Reinigungswesen, Ernährungssicherung, Förderung der Körperpflege, Krankheitsbekämpfung und Bestattungswesen in kommunaler Regie;
- desgleichen Einrichtungen des Volkbildungswesens, wie Bibliotheken und Lesehallen und des Wohnungswesens.
- Unentgeltlichkeit der Benutzung aller Einrichtungen, die der Volksgesundheit dienen und des Volksschulwesens.
- Anpassung der kommunalen Gebühren an die Leistungsfähigkeit der Einrichtungen und der Benutzer.

4) Kommunale Arbeitspolitik:

- Einrichtung von Arbeitsämtern;
- Strenge Maßregeln zur Vermeidung von Korruption und Schädigung der Gemeinden bei der Vergabe von Gemeindearbeiten und Lieferungen;
- Arbeiterausschüsse zur Wahrung der Interessen der Gemeindearbeiter;
- Festsetzung der Löhne nach Gewerkschaftssätzen;
- Bildung von Lohnklassen nach Dienstzeitdauer;
- 8 Stunden Tag für Gemeindearbeiter;
- Bezahlter Urlaub;
- Gründung einer Pensions-, Witwen- und Waisenkasse für Gemeindearbeiter;
- Ausdehnung der Kranken-, Alters- und Invalidenversicherung auf alle und
- volle Koalitionsfreiheit für alle kommunalen Arbeiter und Beamte.

Mit der Bürgermeisterwahl am 27.8.1910 in Urberach, begann eine Periode, in der sich die Sozialdemokraten als stärkste politische Kraft endgültig durchsetzten. Innerhalb von zehn Monaten waren insgesamt sechs Wahlkämpfe zu bestreiten, die alle Gemüter in Urberach auf das Höchste reizten.

Entsprechend ihren Beschlüssen stellte die SPD keinen eigenen Bürgermeisterkandidaten auf, beschlossen aber einen bürgerlichen, „linksliberalen“ Kandidaten, Georg

NEIDHARDT, zu unterstützen. Diese Haltung führte in den Parteiblättern zu einer heftigen Auseinandersetzung, in der Karl Georg RINK die Haltung der Urberacher damit begründete, dass die Urberacher SPD auf jeden Fall den bisherigen Bürgermeister abwählen wollten. Bei der Wahl eines Sozialdemokraten - und der folgenden Nichtbestätigung durch die Regierung - wäre der alte Bürgermeister, Valentin Jakob Lotz, laut Aloys Georg -Ludwig- RINK „ein Mann mit wenig Wissen und Klugheit“, weitere drei Jahre im Amt geblieben und dies galt es zu verhindern.

Zur Wahl waren acht Gendarmen angereist. Dies empfanden viele Sozialdemokraten als Provokation. Von 416 Wahlberechtigten gingen 406 zur Wahl. LOTZ erhielt 194 Stimmen, NEIDHARDT 211. Die Wahlanfechtung des Zentrums wies der Kreisausschuss zurück. Doch der Einspruch beim Provinzialausschuss hatte Erfolg. Die Wahl wurde aufgehoben wegen nicht erlaubter Beeinflussung der Wähler (NEIDHARDT hatte im Wahlkampf Zigarren verschenkt). Sie wurde am 29. Juli 1911 wiederholt, da die Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Wahl von 1910 fast ein Jahr dauerte.

Das nahm Bürgermeister Lotz zum Anlass, für seinem gewählten Nachfolger keinen Platz zu machen. Zudem beschloss die noch bestehende Zentrumsmehrheit im Gemeinderat auch die anstehende Gemeinderatswahl zu verschieben. Die SPD warf dem Zentrum vor, unter einem Vorwand an der Macht bleiben zu wollen. Die Sozialdemokraten im Gemeinderat, Martin SCHWAB und Valentin BRAUN erklärten daher am 3. Februar 1911, an keiner Sitzung mehr teilnehmen zu wollen, der Bürgermeister LOTZ vorsitze. Die nunmehr drei von neun Gemeinderäten seien damit nicht beschlussfähig. SCHWAB prozessierte daher und verlor und musste sogar 25 Mark Strafe zahlen.

Zwei Wochen später wurden beide Sozialdemokraten vom Kreisamt bestraft, weil sie nicht an den Sitzungen teilnahmen. Der Beigeordnete GENSERT verklagte SCHWAB gar wegen Beleidigung. Dieser habe öffentlich die verspätete Übersendung von Protokollen kritisiert. Eine Bürgerversammlung mit mehr als 200 Teilnehmern verlangte am 22. Februar 1911 Wahlen zum Gemeinderat. Dem öffentlichen Druck musste der Bürgermeister schließlich nachgeben. Für den 11. März 1911 ließ er Gemeinderatswahlen ansetzen, nach fünf Beschwerden ans Kreisamt und zwei ans Ministerium.

Die Wahlen endeten mit einem Triumph der SPD. Alle fünf Gewählten waren Sozialdemokraten. Damit nahmen von neun Gemeinderatssitzen sieben die Sozialdemokraten ein. Einen Monat später unterlag auch Michael GENSERT mit 180 Stimmen bei der Wahl zum Beigeordneten. Der von den Sozialdemokraten unterstützte Valentin REIß erhielt 209 Stimmen, zwei Stimmen waren ungültig. Auch diese Wahl wurde erfolglos angefochten.

Die Kämpfe der politischen Parteien am Ort waren nicht nur ideologischer Natur. Wegen der Gemeinderatswahlen hielt sich im März 1911 gar ein Untersuchungsrichter in Urberach auf. Den Höhepunkt der Auseinandersetzungen brachte dann die Wahl des Bürgermeisters am 29. Juli 1911. Eine Woche vorher war noch nicht bekannt, ob der alte Bürgermeister LOTZ erneut kandidieren würde. Fast hämisch vermerkt das Offenbacher Abendblatt am 27. Juli 1911, dass der neue Kandidat des Zentrums, Adam WAGNER, nur wegen seiner großen Verwandtschaft aufgestellt worden sei. Bei wiederum hoher Wahlbeteiligung, 403 Wähler bei 408 Wahlberechtigten, siegte erneut Georg NEIDHARDT mit 221 zu 179 Stimmen. Die Partei ging aber sehr bald auf Distanz zu dem von ihr unterstützten Kandidaten. Sie erklärte schon einen Monat später, wohl auch unter dem Eindruck, den ihr Verhalten in der Partei im Wahlkreis erweckt hatte, dass sie ab sofort mit NEIDHARDT nichts mehr zu schaffen habe und auf Parteilinie zurückschwenkte.

Nach den in Urberach so überaus erfolgreichen Kommunalwahlen gingen die Sozialdemokraten auch sofort daran, ihr Kommunalwahlprogramm zu verwirklichen. Einer der ersten Punkte war die Vergabe öffentlicher Aufträge durch Ausschreibung, wobei Unternehmer, die Hungerlöhne zahlten, nicht berücksichtigt wurden.



Die Konsumvereine in Ober-Roden und Urberach

Als Gründer des Konsums (Einkaufsgenossenschaft) in Ober-Roden im Jahr 1898 sind Joseph WEBER V., Adam KELLER und Adam SCHROD IX. überliefert. Zu Beginn hatte der Verein seinen Sitz in Sprendlingen. Dort wurden zunächst auch die Waren abgeholt und abgerechnet. Nach 1913 erfolgte die Gründung eines eigenen Konsumvereins in den beiden Orten.

Um eine finanzielle Grundlage zu schaffen, wurde ein Beitrittsgeld erhoben und in Ober-Roden das Haus Ecke Frankfurter/Mainzer Straße angemietet. Der neue Laden war täglich geöffnet. Ende 1913 erfolgte der Kauf und Umzug in die Dockendorfstraße 13.

Der erste Lagerhalter hier war Karl MÜLLER (*20.06.1886 / †24.09.1964) wohnte auch dort. Die Tätigkeit im Konsumverein übte er bis zum Jahre 1951 aus. Er war SPD Vorsitzender in Ober-Roden von 1925-27 und 1946, Stellvertretender Vorsitzender von 1920-25 und 1951-58 und Beisitzer von 1948-51. Darüber hinaus Mitglied des Kommissarischen Kreistages Dieburg in den Jahren 1945-46, Gemeindevertreter in Ober-Roden von 1946-58, Fraktionsvorsitzender 1948-58 und bis 1958 Vorsitzender der AWO Ober-Roden.

In Urberach befand sich der Konsumladen in der Bahnhofstraße 26 und wurde einige Zeit von Adam LANG (*1876 / †1965), von Beruf Gürtler, geführt. Neben seiner Tätigkeit als Lagerhalter war er später noch Geschäftsführer der AOK in Dieburg, von 1925-28 SPD-Gemeinderat in Urberach und von 1919-24 und 1925-27 SPD Volkskammermitglied in Hessen.

*Karl Müller (1886 - 1964)
im Konsumladen*



Zur Maifeier auf die Thomashütte

Die Maifeiern (Tag der Arbeit) wurden zur Tradition. Morgens traf man sich nach einem Spaziergang mit den Familien der Genossen aus Urberach, Ober-Roden und Eppertshausen auf der Thomashütte.

Dort wurden Vorträge gehalten, denen manchmal über 1.000 Zuhörer lauschten.

Nachmittags fanden dann in jedem Ort Umzüge statt, an deren Ende jeweils ein auswärtiger Genosse die Mai-Rede hielt. Am Umzug in Urberach nahmen in der Regel mehrere hundert Personen teil.



Maifeier 1904

Bewegte Zeiten - Die Spaltung der Partei - Neuaufbau nach Kriegsende in Urberach

Die Auseinandersetzung um die Bewilligung von Kriegskrediten im Jahr 1917 führte zur Spaltung der SPD. Die Gegner weiterer Kriegskredite gründeten die Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD).

Am 6. Mai 1917 appellierte Adam Lang in einer Versammlung, die Geschlossenheit der Partei zu wahren.

Auch Ludwig Rink ergriff das Wort zu einer längeren Ausführung. Die Versammlung stimmte zu, dass jeder Genosse seine Anschauungen propagieren könne, aber im Allgemeinen die Notwendigkeit der Parteigeschlossenheit anerkennt. Die Einigkeit währte aber nicht lange. Ab Januar 1919 gab es in Urberach eine starke Gruppe der USPD.

1918 hatte die SPD in Urberach gerade noch 26 Mitglieder. Andere Ortsvereine im Wahlkreis hatten ganz aufgehört zu bestehen. Zu einer Wahlkreis-Konferenz am 12. Mai 1918 erschienen nur noch Delegierte aus 15 Orten, darunter auch die Ortsvereine Urberach und Ober-Roden.

Die Abdankung des Kaisers, das Kriegsende, die Revolution und die Ausrufung der Republik am 9. November 1918 führten in Rödermark nicht zu Auseinandersetzungen. Stattdessen hatten die Gemeinderäte zwei Hauptprobleme zu bewältigen: Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und die Beseitigung der großen Wohnungsnot.

Die Wahl zur verfassungsgebenden Volkskammer Hessen in Darmstadt fand am 26. Januar 1919 statt. Auch Frauen durften zur Wahl gehen. Erstmals waren bei diesen Wahlen die sozialistischen Parteien gemeinsam stärker als das Zentrum. Einer der 31 SPD-Abgeordneten von insgesamt 70 war der Urberacher Sozialdemokrat Adam Lang.

Auch zu den Kommunalwahlen im Juni und Juli traten zwei „rote“ Parteien an. Die zunehmende Radikalisierung der Arbeiterschaft und/oder das hohe Ansehen der örtlichen USP-Führer ließen die USP bei den Gemeinderatswahlen zur zweitstärksten Kraft in Urberach werden. Das neue Verhältniswahlrecht ergab sechs Sitze für das Zentrum und je drei für USPD und MSPD.

Nach den Kreistagswahlen am 24. August 1919 zog Ludwig Rink, wie schon 1914, aber diesmal für die USPD in den Kreistag ein.

Die revolutionären Ereignisse im Reich Anfang 1920 bewegten auch die Mitgliedschaft in Urberach.

Die Wahlen zum hessischen Landtag brachten der SPD 1921 herbe Verluste gegenüber der Wahl von 1919. Für zwei Urberacher bedeutete der Ausgang der Wahl aber, dass sie in den Landtag einzogen. Adam Lang war auf Platz zehn der Landesliste der SPD platziert und Ludwig Rink rückte als Listenführer der KPD in den Landtag ein.

*Adam Lang vor dem
Kosumladen in Urberach*



*Ehrenbürger von Urberach
Aloys-Georg-Ludwig-Rink,
genannt: „Wiener-Lui“
(1881-1971)*



Vereinigung von SPD und KPD in Urberach

Aloys Georg -Ludwig- RINK (Wiener-Lui) war mit seinen Anhängern Ende 1920 zur KPD gegangen, die er aber 1922 wieder verließ. Es ist wohl auf seinen Einfluß und die Funktion als KPD Landtagsabgeordneter zurückzuführen, dass die KPD bei den Landtagswahlen am 27. November 1921 in Urberach die stärkste Arbeiterpartei wurde.

Die Spaltung der Arbeiterbewegung in Urberach konnte 1922 überwunden werden. Dabei fungierte als Schlichtungsinstanz die Freie Turn- und Sportvereinigung, heute KSV, die mit der Einrichtung von Bildungsabenden die Möglichkeit schuf, dass die verfeindeten Brüder sich zumindest wieder zusammensetzten. Über verbundene Listen zur Kommunalwahl 1922 führte der Weg dann zur Auflösung

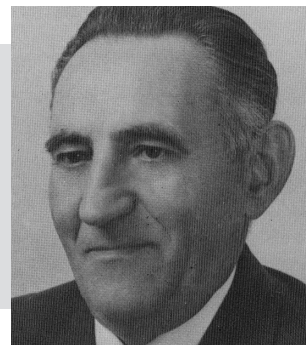
der lokalen KPD Anfang 1923. Es wurde eine neue Organisationsstruktur geschaffen, die die Orte Nieder-Roden, Ober-Roden, Urberach und Eppertshausen zum Unterbezirk Ober-Roden zusammenfasste. Erster Vorsitzender wurde Karl MÜLLER (Konsum-Karl) aus Ober-Roden. Die Unterbezirke übernahmen jetzt mehr und mehr die Aufgabe der politischen Agitation, der Bildung der Funktionäre und der Organisation politischer Arbeit im Allgemeinen und führten vierzehntägig nach den UB-Sitzungen Werbeveranstaltungen in den einzelnen Orten durch, die sich hauptsächlich an die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter richteten. 1926 übernahm Aloys Georg - Ludwig - Rink den Vorsitz des Unterbezirks Ober-Roden.

SPD Vorsitzende in Ober-Roden

Von 1925-27 und 1946/47 leitete Karl MÜLLER, gelernter Eisendreher und Konsumfilialleiter den Ortsverein. Weiterhin war er Stellvertretender Vorsitzender von 1920 - 1925 und 1951 - 1958 und Beisitzer 1948 - 1951. 1945/46 Mitglied des kommissarischen Kreistages Dieburg, 1946 - 1958 Gemeindevertreter und 1948 - 1958 SPD - Fraktionsvorsitzender. Nach dem Krieg bis zum Jahre 1958 Vorsitzender der AWO in Ober-Roden.

Franz WUNDERLICH war von 1927 - 1933 Vorsitzender und versteckte die Protokollbücher 1933 vor dem Zugriff der Nazis.

Franz Wunderlich
(1896-1946)



Verfolgung der Sozialdemokraten 1933 bis 1945

Viele Sozialdemokraten mussten nach dem Ermächtigungsgesetz, offiziell das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“, am 23. März 1933, dem im Reichstag nur die SPD nicht zustimmte - da zusätzlich durch die Änderung der Geschäftsordnung die KPD-Abgeordneten ausgeschlossen waren - auch ihre politische Arbeit unter Zwang und Verfolgung unterbrechen. Alle 94 anwesenden SPD Abgeordneten stimmten gegen das Gesetz. Der SPD Abgeordnete Otto WELS übernahm für die Partei in der letzten freien Rede die Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes. Er tat dies am 23. März 1933 im Reichstag trotz der bereits einsetzenden Verfolgung und der illegalen Anwesenheit bewaffneter und uniformierter SA- und SS-Angehöriger mit den Worten:

„FREIHEIT UND LEBEN KANN MAN UNS NEHMEN, DIE EHRE NICHT.“



Otto Wels

In Ober-Roden wurde die SPD am 22. Juni 1933 „wegen hoch- und landesverräterischer Unternehmungen“ offiziell verboten. Der Polizeiposten Ober-Roden wurde laut Anordnung durch das hessische Staatspolizeiamt Darmstadt vom 23. Juni 1933 über das Kreisamt in Dieburg angewiesen, „dass sämtliche Funktionäre unter polizeiliche Aufsicht zu stellen sind und mit der Auflage, sich zweimal täglich bei der zuständigen Polizeistelle zu melden. Zuwiderhandlungen zog Schutzhaft nach sich. Am 28. Juni 1933 wurden dreizehn Sozialdemokraten an das Kreisamt in Dieburg gemeldet. Die betreffenden Personen mussten sich morgens und abends in Listen eintragen. Diese Meldelisten vom 9. September - zum 31. Oktober 1933 sind im Stadtarchiv erhalten. Man findet folgende Sozialdemokraten: Karl Nikolaus BECK, Andreas FRANK, Adam GOTTA Johann GRAF IV., Johann Baptist HÖRNER, Johann Baptist HORNUNG, Georg KELLER IV.,

Andreas KERN, Heinrich KLÖSSMANN, Jakob KRICKSER, Franz MIETH, Karl MÜLLER, Franz WUNDERLICH.

SPD - Gemeinderat Karl Nikolaus BECK war Schuldiner (Hausmeister), erhielt Berufsverbot und wurde am 23. April 1933 entlassen. Auch wurde er in Schutzhaft im Gefängnis in Dieburg genommen, da er durch unbedachte Äußerungen gegen Ende Februar 1933 vor dem Schulgebäude öffentlich gedroht habe den Anhängern der NSDAP, „mit sehr langen Messern“, die Hälse abzuschneiden. Dies wurde durch Dritte an die Polizei gemeldet. Das Denunziantentum war allgegenwärtig und bedrohte alle kritisch denkenden Bürger nach 1933.

SPD - Vorstandsmitglied Andreas KERN wurde am 15. Dezember 1933 beim Kreisamt in Dieburg vorgeführt und befand sich vom 18. - 21. Dezember 1933 in Schutzhaft in Darmstadt im GESTAPO-Gefängnis. Einige Zeit später wurde er mit zwei weiteren Männern beim Abhören von „Feindsender“ in seiner Küche beobachtet und angezeigt. Auch dieses Mal kam er in Schutzhaft in Dieburg.



Andreas Kern

SPD - Vorsitzender Karl MÜLLER und seine Frau, wurden im Sommer 1944 vom NS - Bürgermeister REBSCHER angezeigt, da MÜLLER belauscht wurde, mit Freunden über die politische und schlechte militärische Lage geredet zu haben und dabei ihre Ablehnung zum Regime und deren Vertreter vor Ort zum Ausdruck brachten. Im Herbst kam es in Darmstadt zur Anklage, die aber durch einen Bombenangriff am 12. September 1944 verhindert wurde. Die NS-Schergen verfolgten ihn weiter und verhafteten ihn im Dezember 1944. Er kam in das GESTAPO-Gefängnis in Bensheim. Die nächste Station war Gießen, wo er Aufräumungsarbeiten verrichten musste. Am 8.2.1945 wurde er im KZ Buchenwald



eingeliefert. Als einweisende Behörde wurde die GESTAPO Darmstadt ausgewiesen. Er wurde unter der Haft-Nr. 19753 als Polizeihäftling registriert.

SPD - Vorstandsmitglied Franz NEUHÄUSEL, Schleifer, bekam es auch mit der NS-Justiz zu tun. Am 25.10.1933 wurde gegen den 59-jährigen bei der Staatsanwaltschaft Darmstadt eine Anzeige eingebracht wegen Beleidigung des Gauleiters SPRENGER. Er wurde beschuldigt, in angetrunkenem Zustand den Gauleiter beleidigt und gerufen zu haben, dass er bei der Wahl am 12.11.1933 mit „NEIN“ stimmen werde und „der SPRENGER ist der größte Lump der im Hessenland existiert“. An diesem Sonntag, dem 22.10.33 schrie er auch noch, „ich will nach Osthofen, ich werd's dem Kerl da drüben sagen“. Mit dem Kerl war der NSDAP-Ortsgruppenleiter MOSER gemeint. Dafür wurde er zu mehreren Wochen Haft verurteilt und saß vom 26.10. - 26.11.1933 im KZ Osthofen ein.

Auch in Urberach wurden nur wenige Tage nach den Reichstagswahlen schon am 9.3.1933 auf Anordnung des Reichskommissars für das Land Hessen Hausdurchsuchungen bei allen wichtigen SPD-Mitgliedern und Konfiszierungen durchgeführt. Im Mai 1933 stellten die Sozialdemokraten

ihre politische Arbeit ein, bevor am 22.7.1933 das Verbot offiziell verkündet wurde. Alle führenden Sozialdemokraten des Ortes wurden überwacht und mussten sich ab August 1933 bis Januar 1934 wöchentlich bei der Ortspolizei melden. Davon betroffen waren die SPD Vorstands- und zum Teil Gemeinderatsmitglieder Karl Reinhard JANS (damals auch Lagerhalter des Urberacher Konsumvereins „Vorwärts“), Aloys Georg-Ludwig-RINK (Wiener-Lui), Martin LOTZ, Adam SEIB und Franz SULZMANN (auch Vorsitzender des Ortsvereins der Metallarbeitergewerkschaft), Adam RÖHRIG, Peter LOTZ III. und Philipp REBEL. Sie wurden sie wiederholt verhaftet und kamen nach Dieburg, Darmstadt bzw. ins KZ Osthofen.

Valentin SULZMANN II., Schlosser, der Vorsitzenden des SPD Ortsvereins, wurde immer wieder von SA-Männern und der Polizei besucht und bedroht. Unter diesen Umständen lieferte er die Parteifahne ab und das aufbewahrte Geldvermögen der Partei von insgesamt 1.677,21 RM wurde beschlagnahmt.

1945: Zusammenbruch und politischer Neuanfang

Noch bevor am 22.7.1933 im gesamten Deutschen Reich alle Organisationen der SPD verboten wurden, waren auf kommunaler Ebene die Weichen für die totale Machtübernahme der Nationalsozialisten gestellt worden.

Am 7.3.1933 übernahm ein Reichskommissar die Befehlsgewalt über die Hessische Polizei. Demokratisch-republikanische Polizeioffiziere wurden entlassen. Damit waren die administrativen Grundlagen geschaffen, um mit Hausdurchsuchungen bei Kommunalpolitikern, mit Beschlagnahmung von Partei- und Vereinsvermögen und mit der Androhung von Verhaftungen die demokratischen Strukturen in den Orten Ober-Roden und Urberach zu zerschlagen.

Dies alles geschah noch vor der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes durch den Reichstag am 23.3.1933, das dann reichsweit die „legalen“ Voraussetzungen schuf

jegliche Opposition zu den Nationalsozialisten mundtot zu machen.

In der Folge wurden Bürgermeister abgesetzt, Gemeinderäte aufgelöst und neu besetzt. Die örtlichen Parteiführer der SPD mussten sich täglich auf der Polizeistation melden. Ab November 1933 wurden sie in Dieburg in Schutzhaft genommen und anschließend in das KZ Außenlager Osthofen verbracht.

Das Terrorregime endete erst mit der vollständigen militärischen Niederlage im 2. Weltkrieg.

Nach dem Zusammenbruch übernahmen die Siegermächte die Regierungsgewalt und begannen wenige Wochen nach dem Krieg, die politischen Strukturen neu aufzubauen. Mitglieder der NSDAP wurden aus ihren Ämtern entfernt.

Der Neuaufbau der staatlichen Strukturen begann mit der Selbstverwaltung auf der kommunalen Ebene. In Kreisen und Gemeinden wurden politisch unbelastete Personen als kommissarische Landräte und Bürgermeister eingesetzt. Kommissarische Bürgerräte aus Sozialdemokraten, Kommunisten und Vertretern des Zentrums, eingesetzt durch die amerikanische Besatzungsmacht, organisierten das kommunale öffentliche Leben in Ober-Roden und Urberach schon im Sommer 1945.

In Ober-Roden wurde ein Tag nach der Einnahme durch die Amerikaner Karl Beck als Bürgermeister etabliert und danach ein Bürgerrat aus sechs Sozialdemokraten, vier Vertretern des Zentrums und zwei Kommunisten berufen.

In Urberach wurde Johannes Lang zum kommissarischen Bürgermeister ernannt, ihm zur Seite stand der 12-köpfige kommissarische Bürgerrat mit fünf Vertretern des Zentrums, drei der SPD und vier der KPD.

Die Neugründung der SPD in Rödermark

Gewalt und Terror konnten die Vision einer freiheitlichen, sozial gerechten Gesellschaft nicht unterdrücken. Wenige Monate nach Kriegsende gründeten sich in Urberach und Ober-Roden die jeweiligen SPD-Ortsvereine neu. Am 6.10.1945 wählten die Ober-Röder Sozialdemokraten ihren neuen Vorstand. Zum ersten Vorsitzenden wurde Andreas Kern gewählt.

Schon vor der offiziellen Gründung begann sofort nach der Befreiung der Orte im März 1945 die politische Arbeit, die zunächst auf die Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung ausgerichtet war.

Sozialdemokraten, die schon vor 1933 aktiv am Ortsgeschehen beteiligt waren, trugen nach dem Zusammenbruch den demokratischen Neuaufbau. Die beiden Bekanntesten, Karl Müller in Ober-Roden - er kam 1945 direkt aus dem KZ Buchenwald zurück in seine Heimatgemeinde - und Aloys Georg-Ludwig-Rink (Wiener Lui) in Urberach, ebenfalls inhaftiert und mit Berufsverbot belegt, wurden später durch die Benennung je einer Straße durch die Stadt geehrt.

Am 27.1.1946 erfolgte die erste Gemeindevahl nach Kriegsende. Die Wahl war von der amerikanischen Besatzungs-

macht angesetzt und erfolgte nach demokratischen Grundsätzen, obwohl sie unter Besatzungsrecht durchgeführt wurde und Parteien und deren Kandidaten von den Amerikanern zugelassen werden mussten. Funktionäre der NSDAP und deren Organisationen sowie andere belastete Personen besaßen kein Wahlrecht.

Bei der Wahl wurde die SPD landesweit mit 44,5% stärkste Partei, in Ober-Roden und in Urberach blieben die Sozialdemokraten aber in der Minderheit.

Neuaufbau in Hessen

Am 19.9.1945 wurde durch Proklamation des Oberbefehlshabers der amerikanischen Streitkräfte in Europa das Land Groß-Hessen ins Leben gerufen und eine Militärregierung eingesetzt. Damit begann der Neuaufbau der staatlichen Strukturen auf Landesebene.

Die drängendsten Probleme, die von der Regierung angegangen werden mussten, waren die Versorgung der Bevölkerung, die Wohnungsnot und die Unterbringung von über 700.000 Heimatvertriebenen und Flüchtlingen im Land. Trotz der schwierigen Umstände wurden die Arbeiten an einer neuen demokratischen Ordnung vorangetrieben. Am 12.12.1945 wurde die SPD zeitgleich mit anderen Parteien in Hessen wieder zugelassen.

1946 wurde zunächst ein beratender Landesausschuss als Vorparlament einberufen und am 30.6.1946 die Verfassungsberatende Landesversammlung (Groß-Hessen) vom Volk gewählt. Bei dieser Wahl wurde die SPD mit 44,3% stärkste Kraft.

Fünf Monate später, am 1.12.1946, wurde der Landtag gewählt, das erste frei gewählte Parlament in Hessen nach dem Krieg. Aus der Wahl ging die SPD mit 42,7% als stärkste Partei hervor. Bei der Wahl wurde auch der Urberacher Aloys Georg-Ludwig-Rink für die SPD in den Landtag gewählt.

In der gleichzeitig mit der Wahl abgehaltenen Volksabstimmung wurde die Landesverfassung angenommen. Nach der Wahl kam es zu einer Koalitionsregierung von SPD und CDU unter dem Ministerpräsidenten Christian Stock (SPD).



Gemeindewahlen in Ober-Roden und Urberach nach dem Krieg

Bei den ersten freien Wahlen nach 1945 blieben die Sozialdemokraten in Ober-Roden und in Urberach in der Minderheit. In Urberach änderte sich dies 1952. Die SPD erreichte bei den Kommunalwahlen eine absolute Mehrheit und konnte diese in den kommenden drei Wahlperioden halten. Die Gemeinde entwickelte sich rasant. Neue Baugebiete und der Ausbau der Infrastruktur ließen Urberach zu einer sozialdemokratischen Vorzeigegemeinde im damaligen Kreis Dieburg werden.

In die Zeit zwischen 1954 und 1964 fielen u. a. der Bau von 11 Km Straßen und 18 Km Kanalisation, des ersten Kinderspielfeldes und des ersten kommunalen Kindergartens.

Die Zahl der Beschäftigten in Industrie- und Handelsbetrieben stieg von 800 auf 2.000. Zur Eingliederung der Heimat-

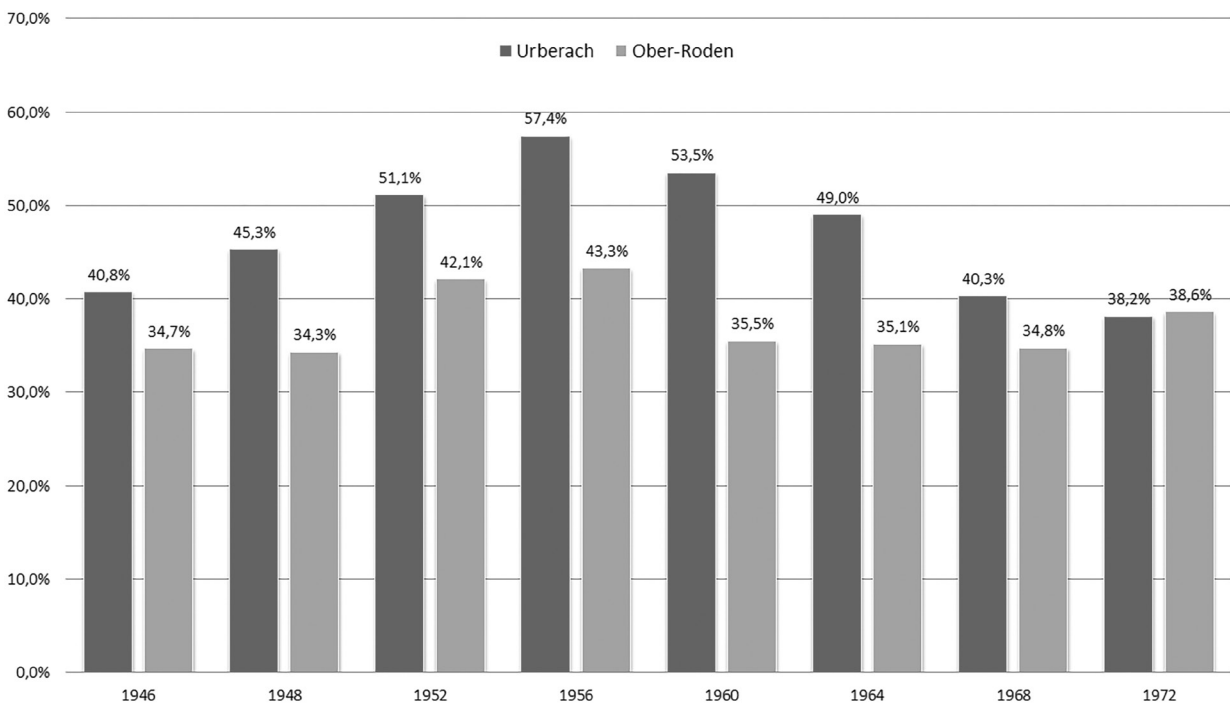
vertriebenen wurden 52 bauerliche Nebenerwerbsstellen geschaffen.

In Ober-Roden kam die SPD in kommunalpolitische Verantwortung gemeinsam mit der Ober-Röder Wählergemeinschaft im Jahre 1964.

In diese Periode fallen für die damalige Zeit große Erschließungs- und Planungsmaßnahmen: Kanalbau Messenhäusern, Wasserversorgung Waldacker, Kläranlagenbau, Schulbau und die Baugebiete Breidert und Industriegebiet, aus deren Ertragskraft noch über 25 Jahre städtische Haushalte finanziert wurden.

Der Grundstein für die Entwicklung Ober-Rodens zu einer modernen Industriegemeinde wurde in diesen Jahren gelegt.

SPD-Ergebnisse bei Gemeindewahlen in Ober-Roden und Urberach



Der „Wiener-Lui“ - 75 Jahre Parteigeschichte in einem Lebenslauf!

Der Lebenslauf von Aloys-Georg Rink, so der richtige Name des Ehrenbürgers von Urberach, spiegelt 75 Jahre Parteigeschichte. In den letzten Jahrzehnten seines Lebens war er aber unter dem Vornamen Ludwig bekannt. Alle nannten ihn den „Wiener-Lui“. Dieser Name kam wohl daher, da sein Vater Georg Rink ca. 1860 als Wandergeselle von Urberach nach Wien zog und dort seine aus Mähren stammende Ehefrau Karoline Langer kennenlernte und mit ihr in Wien fünf Kinder zeugte.

Aloys Georg, der Jüngste dieser Kinder, kam 1883 mit der Familie nach Urberach zurück. Im Alter von 9 Jahren wurde er nach dem Tod seines Vaters Vollwaise. Nach seinen Worten erfuhr er danach eine freudlose Kindheit durch Arbeit vorm Schulbeginn mit z.B. „Holzhacken und Tontreten“ in einer Töpferei.

Aloys Georg kam durch seinen Bruder Karl Georg früh zu den Sozialdemokraten und nahm mit 15 Jahren 1896 an der Gründungsversammlung in Urberach teil.

1908 übernahm er den Vorsitz der SPD in Urberach von seinem Bruder, womit sein Politikerleben begann. In seiner politischen Laufbahn setzte er sich tatkräftig für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der Gemeinde, im Kreis und im Land ein.

Er brachte es fertig, im Jahre 1923/24 zusammen mit dem Bürgermeister Wagner in Urberach mit einem Kredit von 5.000 Goldmark 15 Gemeindewohnungen zu erstellen und auch weiter den sozialen Wohnungsbau in Urberach zu fördern.

„Wiener Lui“ bei einem seiner Redebeiträge auf einer Unterbezirkskonferenz des SPD UB Dieburg 1970 in Nieder-Roden.



Stationen des „Wiener Lui“

1913: Wahl als erster Sozialdemokrat in den Kreistag von Dieburg

1921: Einzug nach Wahl in den hessischen Landtag für die KPD (Volkskammer Darmstadt). Das Engagement endete 1923.

1925: Wahl in den Gemeinderat und den Kreistag von Dieburg (jetzt wieder für die SPD)

1926: Kreisausschuss, bei gleichzeitigem SPD-Vorsitz in Urberach bis 1928 und Vorsitzender des Unterbezirks Ober-Roden bis 1933.

1930: Kandidatur zur Reichstagswahl am 14. September. Er unterlag seinem Konkurrenten, dem gebürtigen Ober-Röder Wilhelm Weber, wohnhaft in Offenbach.

1930: Abgeordneter der Hessischen Volkskammer (bis 1933).

1933 - 1945: Nach der Machtergreifung der Nazis für einige Monate im KZ-Osthofen (bei Worms) interniert.

1940: wegen Wehrkraftersetzung angeklagt und mehrere Monate Haft im Gefängnis in Darmstadt, nach missglücktem Attentat vom 20. Juli 1944 wiederum mit vielen weiteren ehemaligen Funktionären für mehrere Monate im KZ-Dachau. Er überlebte und wurde so zu den „Männern der ersten Stunde“ nach 1945.

1946: Wahl in den ersten Hessischen Landtag. 1. Dezember 1946 Teilnahme an der Abstimmung über die Hessische Verfassung. SPD Vorsitzender in Urberach. Wahl als Gemeindevertreter ins Gemeindeparlament bei der ersten Kommunalwahl am 27. Januar 1946. Mitglied im Kreistag Dieburg (bis 1956 mit Schwerpunkt Heimatvertriebene und Flüchtlinge).

1971: 90. Geburtstag und Verleihung Bundesverdienstkreuz. Ernennung zum Ehrenbürger. Straße an seinem Lebensmittelpunkt wurde nach ihm benannt.



Zeitzeugen - Heinz Jakobi

Hidir Karademir
(rechts) übbereicht
Heinz Jakobi die
Ehrenurkunde für 60
Jahre Mitgliedschaft
der SPD



Seit 75 Jahren ist Heinz Jakobi für die Allgemeinheit ehrenamtlich engagiert: im Verein, in der Gewerkschaft, der Partei und der Kommunalpolitik.

Der gelernte Werkzeugmacher war 25 Jahre im Betriebsrat, davon 10 Jahre bis zu seinem Ruhestand 1988 freigestellter Betriebsrat bei der T&N. Er war langjähriger Vorsitzender des KSV Urberach und dort bei den Sängern, den Fastnachtern und den Senioren selbst aktiv. Heinz ist auch Gründungsmitglied der Seniorenhilfe Rödermark.

1957 trat Heinz Jakobi in die SPD ein und hatte in 30 Jahren zahlreiche Ämter und Mandate inne: 1956 – 1961 Gemeindevertreter in Urberach, SPD-Fraktionsvorsitzender, Mitglied im Haupt- und Finanzausschuss, 1959 – 1961 Kreistagsabgeordneter im Kreistag Dieburg, 1958 – 1961 Vorsitzender der SPD Urberach, 1969 - 1974 Mitglied der Redaktionskommission, 1974 – 1975 stellvertretender Vorsitzender der SPD Urberach, 1975 – 1982 Beisitzer im Vorstand des SPD-Ortsbezirks Urberach und 1984 – 1986 Seniorenbeauftragter der SPD Rödermark.

Gespräch mit Heinz Jakobi

Heinz, du bist jetzt über 60 Jahre Mitglied der SPD. Du hast einen großen Teil der 150-jährigen Geschichte der SPD in Rödermark selbst miterlebt und mitgestaltet. Was hat dich damals zum Eintritt in die SPD bewogen?

In der Familie gab es bereits eine gewisse Nähe zur SPD. Mein Großvater Josef Jakobi war schon Mitglied der Partei

und 1901 bei der Fahnenweihe in Urberach dabei. 1946 kam ich mit 20 Jahren in amerikanische Gefangenschaft und wurde im Oktober 1946 entlassen. Unter dem Einfluss der Amerikaner habe ich mich mit der jüngsten Vergangenheit auseinandergesetzt und Schuldgefühle entwickelt. Ich dachte, ich müsse Teile meiner Schuld abtragen und der Allgemeinheit was zurückgeben und bin aktiv geworden, bei den Naturfreunden, der Gewerkschaft, bei den Sängern. So bin ich praktisch in die SPD hineingewachsen. Vor der Kommunalwahl 1956 wurde ich gefragt, ob ich auf der Liste der SPD kandidieren wolle und wurde in die Gemeindevertretung gewählt. Da bin ich zum 1. 1. 1957 in die Partei eingetreten.

Die SPD hatte die absolute Mehrheit in Urberach. Was waren aus deiner Sicht die Gründe für die Stärke?

Die SPD war damals eine Partei alter Prägung. Es wurde großer Wert auf Geselligkeit und Zusammenhalt gelegt. Bei Ausflügen mussten oft zwei Busse fahren. Die Veranstaltungen waren gut besucht. Beim Familienabend oder bei der Fastnachtsveranstaltung war der Saal voll. Die SPD war anerkannt und im Dorf ein gesellschaftlicher Faktor.

Die SPD hatte von 1952 bis 1968 die Mehrheit in Urberach. Welche Projekte aus der Zeit fallen dir ein?

Es war Geld da und wurde sehr viel gemacht. Eine größere Sache war der Kanalbau, später das Altenheim und natürlich das Hallenbad. Es war das erste Hallenbad im Kreis Dieburg. Geplant war auch noch ein Freibad, die Vision des Bürgermeisters Spamer. Aber dazu ist es nicht mehr gekommen.

Gab es Gründe für die Niederlage der SPD bei der Kommunalwahl 1968?

Die absolute Mehrheit ist kaputt gemacht worden, weil Bürgermeister Spamer einsame Entscheidungen getroffen hatte und es zum offenen Bruch in der Partei kam. Adam Spamer war schon über 70 und nach dem Willen der Partei sollte Hans Frank sein Nachfolger werden. Dagegen hat der Bürgermeister öffentlich Stellung genommen. Die Urberacher Liste bekam zwei Sitze in der Gemeindevertretung und hat mit der CDU Walter Faust zum Bürgermeister gewählt.

Rechtsanwaltskanzlei Firat

In sicheren Händen

*Wir gratulieren zum 150 jährigen Jubiläum
der SPD Rödermark*

Tuna Firat
Rechtsanwalt
Luisenstr. 63
63067 Offenbach am Main

Tel.:
+49 (0) 69 - 43 05 37 02
Fax:
+49 (0) 69 - 43 05 37 03

E-Mail:
mail@tunafirat.de
Web:
www.anwalt.tunafirat.de

1954: Ein Sozialdemokrat wird Bürgermeister in Urberach

Bei der Gemeindewahl am 4. Mai 1952 hatte die SPD mit 8 von 15 Sitzen die absolute Mehrheit in der Gemeindevertretung in Urberach errungen. Spitzenkandidat war der SPD Orts- und Kreisvorsitzende Adam Spamer. Mit der neuen Mehrheit wählten die Gemeindevertreter Adam Spamer 1954 für sechs Jahre zum Bürgermeister. Er war der erste und bislang einzige Sozialdemokrat in diesem Amt. Am 29. 1. 1960 wurde er für weiter 12 Jahre wiedergewählt.

Adam Spamer, geboren 1896 in Urberach, war gelernter Maschinenschlosser. 1916 wurde er Mitglied der Gewerkschaft, 1926 Mitglied der SPD. 1933 wurde Spamer von den Adler-Werken als politisch Unzuverlässiger entlassen und war 3 Jahre arbeitslos. Von 1937 bis 1945 war er bei den Opel-Werken beschäftigt. Nach Kriegsende 1945 wurde er

Bürgermeister Spamer



an das Landratsamt Dieburg berufen. 1947 fand er eine Anstellung bei der AOK in Dieburg.

1945 wurde er in den provisorischen Bürgerrat der Gemeinde Urberach berufen und bei der ersten Wahl 1946 für die



SPD in die Gemeindevertretung gewählt. Zuvor hatte er sich dem wiedergegründeten SPD-Ortsverein angeschlossen. Für die Partei hatte er später mehrere Parteiämter und Mandate inne. Gemeindevertreter in Urberach, Kreistagsabgeordneter und Vorsitzender des Kreistags Dieburg, Vorsitzender der SPD in Urberach und im Kreis Dieburg.

In den späten Jahren seiner Amtszeit kam es zum Bruch zwischen ihm und der SPD Urberach. Bürgermeister Spamer

hatte vergeblich versucht, den Ortsvereinsvorsitzenden Hans Frank als Kandidat für seine Nachfolge zu verhindern. Nachdem er sich vor der Kommunalwahl 1968 öffentlich gegen seine Partei gestellt hatte, wurde er 1969 zusammen mit drei weiteren Abweichlern in einem Schiedsverfahren aus der Partei ausgeschlossen.

Zum 30.9.1970 ist Adam Spamer nach Überschreitung der Altersgrenze vorzeitig aus dem Amt geschieden.

Zeitzeugen - Theo Frieß

Interview mit Theo Frieß

Die SPD-Fraktion bot einem CDU Mitglied, Georg Schallmayer, an, ihn bei der Wahl zum Bürgermeister 1963 zu unterstützen. Was waren die Gründe hierfür?

Die Mehrheitsverhältnisse in der Gemeindevertretung waren so, dass ein Kandidat der SPD keine Chance gehabt hätte. Es kandidierten aber drei CDU-Mitglieder. Unser Magistratsmitglied, Georg Fischer, empfahl, Georg Schallmayer zu wählen, den er aus den Magistratssitzungen kannte. Nach einigen Gesprächen entschied die Fraktion, Schallmayer zu unterstützen.

Nach der Kommunalwahl 1964 hatte die SPD sieben Sitze in der Gemeindevertretung, ebenso viele wie die CDU. Sie entschloss sich zu einer losen Zusammenarbeit mit der Ober-Röder Bürgergemeinschaft der Partei des Bürgermeisters, die über vier Sitze verfügte.

Was konnte die SPD in dieser Zusammenarbeit als ihren wesentlichen Erfolg verbuchen, welche Ziele konnten sie erreichen?

Die Entwicklung des Baugebietes Breidert war die Idee der SPD. Das besondere an der Entwicklung dieses Baugebietes aber war, dass die Gemeinde Ober-Roden vor der Erschließung einen Großteil des Geländes aufkaufte und damit in den Besitz von Bauland gelangte. Sie konnte damit eine aktive Grundstückspolitik betreiben und Ober-Röder Familien preiswerte Grundstücke zur Verfügung stellen.

Diese "Wohltaten" kamen aber politisch nicht mehr der SPD zugute?

Ja, leider. Die CDU, die die Planung, insbesondere den Ankauf von Gelände, politisch torpedierte, konnte nach 1968 mit dem Verkauf eben dieses Geländes finanzielle Spielräume nutzen.

Vier Jahre in der Kommunalpolitik sind eine kurze Zeit, um Projekte umzusetzen. Gab es auch Entscheidungen, die nicht bis zum Ende gebracht werden konnten?

Ja. Eine der wichtigen Fragen damals, war die Verkehrsentlastung der Ober-Röder Ortsdurchfahrt. SPD und OWG hatten eine sogenannte Ostumfahrung Ober-Rodens soweit vorbereitet, dass nur noch die Gespräche mit dem Land über die Finanzierung ausstanden. Die neue Mehrheit hob allerdings 1969 die Planungen wieder auf. Mit dem Bau der neuen B 45 Anfang der 70er Jahre war dies dann keine Alternative mehr.

Theo Frieß – letzter Fraktionsvorsitzender der SPD in der Gemeindevertretung Ober-Roden



1956: Eine Frau im Dieburger Kreistag

Susanne Müller stammte aus einem sozialdemokratischen Elternhaus. Ihren Vater, den Ober-Rodener Sozialdemokraten Karl Müller, hatten die Nationalsozialisten ins Konzentrationslager gesperrt. Als er 1945 aus Buchenwald heimkehrte, begann er mit Sozialdemokraten, die auch schon vor 1933 aktiv waren, den politischen Neuaufbau. Tochter Susanne war 32 Jahre alt und unter dem NS-Regime mit Berufsverbot belegt. Politische Unterdrückung und den Neuanfang aus dem Nichts hat sie im Elternhaus hautnah miterlebt. Mit Nazis, Mitläufern und Wendehälsen hatte die junge Frau ihre eigenen Erfahrungen gemacht. Politisch konnte es deshalb nur eine Heimat für sie geben: die SPD.

„Ich hatte es einfach satt, dass immer über die Köpfe der Frauen hinweg entschieden wurde. Schließlich hatten sie das größte Leid zu tragen,“ beschrieb sie später die Zustände in der Zeit nach dem Krieg, als Politik noch reine Männersache war. Den sozialen und politischen Verhältnissen wollte Susanne Müller nicht tatenlos zusehen. Bereits 1946 wurde sie Mitglied der Arbeiterwohlfahrt in Ober-Roden und 1953 deren Vorsitzende. Dass sie 1953 auch in die „Männerpartei“ SPD eintrat, sei auch ein Stück Familientradition gewesen. Ihre feste Überzeugung und ihr Wille halfen ihr, als Frau in der Partei ihren Weg zu gehen.

1956 kandidierte sie auf der Liste der SPD für den Dieburger Kreistag und wurde als erste Frau in den Kreistag gewählt. Dem Kreistag gehörte sie 16 Jahre an und war dort lange

Zeit die einzige Frau. Mit ihrem Wirken war sie Wegbereiterin und Vorbild für viele Frauen, die in der Kommunalpolitik nach ihr kamen.

Von 1964 bis 1985 war sie in den Ober-Rodener und Rödermärker Parlamenten vertreten. Sie war Alterspräsidentin der ersten Rödermärker Stadtverordnetenversammlung. Für ihr Wirken zum Wohle der Stadt verlieh ihr der Magistrat 1982 die Verdienstplakette der Stadt in Silber und zeichnete sie mit dem Ehrentitel „Stadtälteste“ aus.

Auch in den Gremien der SPD hat sie lange Jahre in verschiedenen Funktionen als Beisitzerin, Revisorin und stellv. Ortsvereinsvorsitzende in Ober-Roden gewirkt. Von 1980 bis zur Auflösung der früheren Ortsbezirke Ober-Roden und Urberach war sie Ortsbezirksvorsitzende der SPD in Ober-Roden. Bei der Arbeiterwohlfahrt war Susanne Müller viele Jahre Vorsitzende des Ortsvereins Ober-Roden und von 1970 bis 1986 Mitglied in den Kreisvorständen Dieburg und Offenbach-Land. 1982 wurde sie zur Ehrenvorsitzenden der SPD Rödermark ernannt. Auch nach ihrer Zeit als aktive Politikerin hat sich Susanne Müller bis ins hohe Alter in der SPD und in der AWO engagiert und für Senioren Fahrten organisiert.

Susanne Müller verstarb am 25. Januar 2008 im Alter von 94 Jahren.

Willy Brandt vor T&N

Auf einer Wahlkampfreise zur Bundestagswahl 1961 wurde Willy Brandt am 9. August in Urberach vor den Toren der Firma T&N von Bürgermeister Spamer begrüßt. Nach seiner Rede vor ca. 1.000 Menschen fuhr er weiter nach Ober-Roden, wo ihn der SPD-Vorsitzende von Ober-Roden Kurt Weber nach Dieburg verabschiedete. Einen Blumenstrauß bei einem kurzen Stopp auf der Fahrt durch Ober-Roden überreichte ihm die damals 11-jährige Ingrid Wunderlich.

Willy Brandt im Jahre
1961



Kommunalwahl 1968: SPD verliert die absolute Mehrheit in Urberach

Hans Frank sollte Bürgermeister werden

In einer gut besuchten Mitgliederversammlung am 6. 9. 1968 wählte die SPD Urberach ihren Ortsvereinsvorsitzenden und Sprecher der Fraktion, Hans Frank, einstimmig zum Bürgermeisterkandidaten.



Hans Frank war von 1964 - 1975 Vorsitzender der SPD in Urberach

Zuvor war Frank zum Spitzenkandidaten für die Gemeindevahl am 20.10.1968 gewählt worden. Nicht auf der Liste: der amtierende Bürgermeister Spamer, der Vorsitzende der Gemeindevertretung Springer sowie zwei weitere Gemeindevertreter. Sie hatten sich bei der Debatte über Grundstücksgeschäfte mit der Firma Thermo-Crete gegen die Mehrheit der Fraktion und auf die Seite des Bürgermeisters gestellt. In der heftigen Debatte um den Grundstückstausch mit Thermo-Crete kritisierte SPD-Fraktionssprecher Hans Frank den Bürgermeister und hielt ihm eigenmächtiges Handeln vor. Dieser wiederum warf Frank persönliche Motive und Machtstreben vor. Frank wolle ihn mundtot machen und ausbooten, weil er als Bürgermeister die Wünsche der Partei nicht ausgeführt habe.

Schlamm Schlacht vor der Wahl

Das Zerwürfnis der Partei mit dem Bürgermeister und den drei Abweichlern aus der Fraktion geriet in der Folge zur öffentlich ausgetragenen Schlamm Schlacht. Höhepunkt des offenen Streits war ein Flugblatt und eine Anzeige der vier Abweichler im Urberacher Mitteilungsblatt in der Woche vor der Wahl. Darin riefen sie dazu auf, Hans Frank nicht zu wählen. Der innerparteiliche Konflikt führte zum Verlust der absoluten Mehrheit der SPD bei der Wahl im Oktober. Die SPD verlor knapp 9%, blieb aber mit 9 Sitzen stärkste Fraktion in der Gemeindevertretung vor der CDU mit 8 und dem Urberacher Bürgerblock mit 2 Sitzen. In Verhandlungen nach der Wahl konnten sich SPD und Urberacher Bürgerblock nicht auf eine Zusammenarbeit verständigen. Dieser unterstützte dann bei der Bürgermeisterwahl 1970 den Kandidaten der CDU, Walter Faust. Damit endete die Ära der SPD als Mehrheitspartei in Urberach und die Partei konnte bei Gemeindevahlen nie wieder an die alten Erfolge anknüpfen.

Starre Wählerblöcke in Ober-Roden

Anders als in Urberach konnte die SPD 1968 das Ergebnis der Gemeindevahl von 1964 halten, ihr Wahlziel, eine absolute Mehrheit der CDU zu verhindern, aber nicht erreichen. Die SPD erhielt mit 34,75 % der Stimmen 0,4 % weniger als 4 Jahre zuvor. Wahlverlierer war die Ober-Rodener Bürgergemeinschaft, OBG, mit der die SPD in der vorangegangenen Wahlperiode kooperiert hatte.

In seiner Wahlanalyse kam der SPD-Vorstand zu dem Ergebnis, dass sich in Ober-Roden zwei fest gefügte Wählerblöcke gegenüber ständen. Bei den Wahlen 1960, 64 und 68 erhielt die SPD jeweils rund 35 %, während der konservative Block aus CDU, FDP und den Wählergemeinschaften zusammen rund 65 % erhielt.

1969 Machtwechsel in Bonn – Willy Brandt wird Bundeskanzler

Bei der Bundestagswahl am 28. September 1969 erreichte die SPD mit 42,7% ihr bis dahin bestes Ergebnis bei einer Bundestagswahl. Bei der Wahl war Willy Brandt, Außenminister und Vizekanzler der Großen Koalition, zum dritten mal als SPD-Kanzlerkandidat angetreten. Noch in der Wahlnacht vereinbarten Brandt und FDP-Chef Walter Scheel die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen. Nach nur 2 Wochen Verhandlungen war der Machtwechsel in Bonn perfekt: Es kam zur Bildung einer sozialliberalen Koalition im Bund, die bis 1982 bestand. Am 21. Oktober 1969 wurde Willy Brandt mit der knappen Mehrheit der Koalition zum Bundeskanzler gewählt.

Willy Brandt nach der Wahl zum Bundeskanzler am 21. Oktober 1969 (Quelle: Wikipedia)



Im vorausgegangenen Wahlkampf hatte sich die SPD unter dem Slogan „Wir schaffen das moderne Deutschland“ als Partei des Fortschritts präsentiert und mit den Erfolgen ihrer Minister in der Großen Koalition geworben. Der Wahlkampf in den Medien war so heftig wie bei keiner Wahl zuvor und führte zu einer starken politischen Mobilisierung in der Bevölkerung. Auch prominente Künstler und Intellektuelle leisteten Wahlkampfhilfe für die SPD. Bereits 1967 hatten die Schriftsteller Günter Grass und Siegfried Lenz mit weiteren Unterstützern die Sozialdemokratische Wählerinitiative „Bürger für Brandt“ gegründet. In großformatigen Anzeigen warben Prominente wie der Entertainer Hans-Joachim Kulenkampff für Willy Brandt als Kanzler, so auch im Ober-Rodener Anzeigebblatt.

Bundesverkehrsminister Leber in Ober-Roden

Bei seiner Wahlkampfreise durch Südhessen kam der Spitzenkandidat der hessischen SPD, Bundesverkehrsminister Georg Leber, am 12. September nach Ober-Roden. Sein Auftritt fand großes Interesse in der Bevölkerung. In der voll besetzten Halle der Turnerschaft konnte der Ortsvereinsvorsitzende Kurt Weber neben Minister Leber auch den Bundestagsabgeordneten Willi Bäuerle und Landrat Heinrich Klein als Redner begrüßen.

Georg Leber in Ober-Roden



In der mehr als fünfstündigen Veranstaltung sprach der Minister über die Erfolge der SPD in der Regierung und die von ihm begonnene Modernisierung des Verkehrswesens. Wesentliche Forderungen des Wahlprogramms der SPD seien eine gerechtere Vermögensverteilung durch Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer, eine Reform der Bildungspolitik mit mehr Gesamtschulen und Ganztagschulen sowie Verbesserungen bei der beruflichen Bildung und mehr Mitbestimmung am Arbeitsplatz. Vor der Veranstaltung hatte der Minister mit dem Landrat und Lokalpolitikern aus Nieder-Roden, Rollwald, Ober-Roden und Eppertshausen Bauvorhaben und Verkehrsprojekte besichtigt. Dabei sprach sich Minister Leber für den raschen Bau der Schnellbahnstrecke durch den Rodgau, den Bau einer direkten Bahnstrecke zum Frankfurter Flughafen und den Ausbau der Bundesstraßen 26 und 45 aus. Bei einer Wahlbeteiligung von 89,5% in Ober-Roden und 93,3% in Urberach kam die SPD in Ober-Roden auf 40,1%, in Urberach auf 45,3% der Zweitstimmen. Stärkste Partei blieb die CDU mit 52,2% in Ober-Roden und 46,0% in Urberach.



Starker Zuspruch für die SPD und Rekordwahlergebnis 1972

Aus der vorgezogenen Bundestagswahl 1972 war die SPD mit 45,9 % erstmals als stärkste Partei hervorgegangen. Klarer Gewinner der Wahl war die sozialliberale Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt. Die CDU erhielt 44,8 %, die FDP 8,4 % der Stimmen. Auch der Wahlkreis 146 ging mit 48,2% an die SPD.

Für die SPD waren 45,9% der Zweitstimmen das beste Wahlergebnis ihrer Geschichte bei einer Bundestags- oder Reichstagswahl. Sensationell war auch die Basis der Sieges: die Wahlbeteiligung von 91,1 Prozent, der höchsten aller Bundestagswahlen.

Die breite Zustimmung in der Bevölkerung bescherte der SPD 1972 einen einmalig hohen Mitgliederzustrom. Auch der SPD-Ortsverein Ober-Roden profitierte von der politischen Aufbruchsstimmung. Unter der Überschrift „Mitgliederwachstum wie nie zuvor“ berichtet der Vorstand in seinem Geschäftsbericht über 44 Neuzugänge im Jahr 1972, davon 36 Eintritte. Die Mitgliederzahl war Ende 1972 auf 141 gewachsen, 126 Männer und 15 Frauen. Die Mitgliederschwelle von 100 hatte der Ortsverein 1970 überschritten.

36 Mitglieder waren unter 35 Jahre alt und damit den Jungsozialisten zuzurechnen. Engagierten jungen Mitgliedern und Sympathisanten war es gelungen, eine Juso-Gruppe in Ober-Roden zu gründen, die sich rasch vergrößerte und im Juli 1972 einen Vorstand wählte. Heinz Eyßen, Karl Stadtmüller und Edgar Hirsch wurden als gleichberechtigte Vorsitzende, Karin Vogel als Schriftführerin, Werner Vogel zum Leiter der Pressegruppe, Klaus Müller zum Leiter der Gruppe Kommunalpolitik und Parteiarbeit, Hidir Karademir zum Leiter der Gruppe „Probleme der Minderheiten und Benachteiligte“, Hans-Peter Lang zum Leiter der Gruppe „Jugend und Lehrlinge“ und Detlef Schmid zum Leiter der Gruppe „Wahlkämpfe und Aktionen“ gewählt.

Dennoch war der Vorstand der SPD Ober-Roden mit der Mitgliederentwicklung im Vergleich zu anderen Gemeinden nicht ganz zufrieden. So schreibt der Vorstand in seinem Bericht: „Unsere Stärke im SPD-Unterbezirk Dieburg ist noch lange nicht so groß, wie wir es uns wünschen. Hier entscheiden allein die Mitgliederziffern. Auf 20 Mitglieder kann ein Delegierter gewählt werden. Nach wie vor gilt, dass die SPD-Ortsvereine in der Nachbarschaft, auch in „rabenschwarzen Vergleichsgemeinden“, einen weitaus höheren Organisationsgrad haben als wir.“

**FÜR EIN
MODERNES LAND.
GEGEN
STILLSTAND.**

JETZT IN DIE SPD

**DAFÜR
TRETE
ICH EIN** 

1975: SPD-Ortsvereine stellen die Weichen für den Zusammenschluss

Lange hatten sich die SPD in Urberach gegen die Pläne der sozialliberalen Koalition in Hessen zur Kommunal- und Gebietsreform gewehrt. Urberach sollte nach den Plänen der Landesregierung mit Ober-Roden zusammengeschlossen und in den Kreis Offenbach eingegliedert werden. Über das unbeliebte Vorhaben wurde in der SPD wie auch in der Bevölkerung heftig diskutiert. Der Widerstand auf lokaler Ebene konnte aber den Fortgang der Gebietsreform nicht verhindern und der Zusammenschluss von Ober-Roden und Urberach zur Gemeinde Rödermark sollte 1977 erfolgen.

Auch die SPD-Ortsvereine beider Gemeinden fügten sich in das Unvermeidliche und kamen überein, nicht erst nach dem Zusammenschluss, sondern schon vorher ein gemeinsames politisches Konzept zu entwickeln. 1974 und 75 fanden gemeinsame Sitzungen der beiden Vorstände und

Fraktionen statt und es wurde ein Ausschuss gebildet, der den politischen Zusammenschluss bis Ende 1975 vorbereiten sollte. Sinn dieses frühen Zusammenschlusses war es, kommunalpolitische Vorhaben zu koordinieren und Fehlplanungen oder unnötige Ausgaben zu vermeiden.

Auch bei den Jusos wurde auf den Zusammenschluss hingearbeitet. Zahlreiche Gäste aus Ober-Roden waren zu der Jahreshauptversammlung der Urberacher Juso-AG im April 1975 gekommen. In der Versammlung wurden Schwerpunkte für die Zusammenarbeit beschlossen und ein Termin für die erste gemeinsame Sitzung im Mai festgelegt. In einer gemeinsamen Gründungsversammlung am 24. 11. 1975 erfolgte die organisatorische Vereinigung zur JUSO-AG Rödermark.

Die Gründung des SPD-Ortsvereins Rödermark

Am 12.12.1975 gründeten 89 SPD-Mitglieder den neuen SPD Ortsverein Rödermark und lösten damit die bisher selbständigen SPD-Ortsvereine Ober-Roden und Urberach auf. Eine lange Diskussion in der Partei war damit beendet. Heinz Eyßen wurde als erster Vorsitzender des neuen SPD-Ortsvereins einstimmig gewählt. Der Wunsch einer gemeinsamen einheitlichen politischen Organisation in der zukünftigen Stadt Rödermark stieß damit auf breites Einverständnis.

Dies war nicht selbstverständlich. Die beiden Ortsvereine Ober-Roden und Urberach hatten - obwohl die Bevölkerungsstruktur sich sehr ähnelte - unterschiedliche kommunalpolitische Erfahrungen gesammelt und dabei innerparteiliche politische Kulturen entwickelt.

Zusammenarbeit war angesagt - in der Partei und zwischen den Kommunen

In der SPD Ober-Roden war der Gedanke der Vorteile einer Zusammenarbeit über die Gemeindegrenzen hinaus stärker verankert als in Urberach, das über mehrere Jahrzehnte zu den wirtschaftlich starken Gemeinden im Kreis Dieburg zählte. Im Zuge der Diskussionen um eine Gebietsreform wurden die Gemeinden aber verpflichtet, einige Angelegenheiten gemeinsam zu regeln. Damit wuchs die Notwendigkeit auch innerhalb der Partei, die Zusammenarbeit zu suchen. Es gelang relativ früh gemeinsame Positionen (u.a. zum Flächennutzungsplan) zu entwickeln oder sich auf die Forderung eines Freibades oder der Einrichtung einer Ober-

*Heinz Eyßen
Erster Vorsitzender des
SPD Ortsvereins
Rödermark*



stufe an der Nell-Breunig-Schule (damals Rodgauschule) zu verständigen.

Durch Gesetz wurden die beiden selbständigen Gemeinden Urberach und Ober-Roden zum 1.1.1977 zur Gemeinde Rödermark zusammengeschlossen.

Die SPD befürwortete den Zusammenschluss, lehnte allerdings die gleichzeitig erfolgte Schaffung des Umlandverbandes Frankfurt ebenso ab wie die Eingliederung in den Landkreis Offenbach. Doch die differenzierte Betrachtungsweise sollte bei der Kommunalwahl 1977 keine Rolle mehr spielen.

1968: SPD-Basis gegen Notstandsgesetz

Gegen jegliche Notstandsgesetzgebung sprach sich am Sonntag, dem 14.1.1968 eine außerordentliche Kreisdelegiertenkonferenz in Groß-Umstadt aus, die der SPD-Kreisvorstand Dieburg einberufen hatte. Mit überwältigender Mehrheit vertraten die Delegierten die Auffassung, dass die bestehenden gesetzlichen Vorschriften für den Notfall aus-

reichend seien. In dieser Partei sei kein Raum für „Ermächtigungsgesetze“. Die Grundgesetzänderung zur Notstandsgesetzgebung war Bestandteil der Koalitionsvereinbarung von 1966 zur Großen Koalition zwischen CDU/CSU und SPD in Bonn und wurde von der Bundestagsfraktion trotz der Widerstände an der Basis mitgetragen.

1975: SPD gegen Stilllegung der Dreieichbahn

In der letzten gemeinsamen Sitzung von Vorstand und Fraktion der Urberacher SPD waren Pläne der Bahn zur Stilllegung der Bahnstrecke zwischen Buchschlag und Ober-Roden vordringliches Thema. Zuvor waren die Pläne durch die Presse bekannt geworden. Einstimmig billigte die Versammlung einen Dringlichkeitsantrag an die Gemeindevertretersitzung von 16.12.1975, in dem der Gemeindevorstand aufgefordert wird, „bei der Bundesbahndirektion Frankfurt (Main), beim Frankfurter-Verkehrs-Verband (FVV),

beim Hessischen Minister für Wissenschaft und Technik Karry sowie beim Bundesverkehrsministerium vorstellig zu werden, um die geplante Stilllegung der Nebenstrecke Buchschlag-Sprendlingen/Ober-Roden zu verhindern.

Zu der Stilllegung kam es nicht. Die Modernisierung der Dreieichbahn und die Ausweitung des Verkehrsangebotes blieb ein wichtiges Anliegen der SPD Rödermark in der Verkehrspolitik.



Kommunalwahlen in Rödermark

Zu herben Verlusten für die SPD kam es am 20. 3. 1977 bei der ersten Kommunalwahl nach der Gebietsreform. Landesweit erhielt die SPD 42,1% (-7,4%) und war erstmals seit 30 Jahren nicht mehr stärkste Partei bei Kommunalwahlen. Das Wahldebakel für die SPD war Ausdruck des Unmuts in der Bevölkerung über die vorangegangene Gebietsreform. Auch in Rödermark verlor die SPD über 10% und kam auf 27,9% der Stimmen, im Kreis Offenbach errang die CDU die absolute Mehrheit im Kreistag.

In der ersten Rödermärker Gemeindevertretung waren nur CDU und SPD vertreten, die kleineren Parteien waren an der 5% Hürde gescheitert. 1981 zogen FDP und erstmals die Andere Liste ins Rödermärker Parlament ein, die CDU konnte aber ihre absolute Mehrheit behaupten. In den folgenden Wahlperioden konnten AL/Grüne ihren Stimmenanteil in Rödermark regelmäßig steigern, während die SPD zwischen 25 und 30% verharrte. 1989 fehlten nur 33 Stimmen, um das Wahlziel der SPD, eine absolute Mehrheit der CDU zu verhindern, zu erreichen. Dafür verantwortlich war nach Ansicht der SPD die DKP, die ohne Chancen zur Wahl angetreten war und 1,3 % der Stimmen erhalten hatte.

1997 errangen SPD und AL/Grüne zusammen eine knappe Mehrheit von einem Sitz in der Stadtverordnetenversammlung, konnten sich aber nicht auf die Bildung einer Koalition einigen.

Lediglich für die konstituierende Sitzung und über die Besetzung wichtiger Positionen wurde eine Übereinkunft getroffen.

*Karl-Heinz Oberfranz
Fraktionsvorsitzender
der SPD
von 1989 - 1993 und
1994 - 2001*



Während die SPD eine Koalitionsvereinbarung mit AL/Grüne anstrebte, setzten AL/Grüne auf ein Spiel mit wechselnden Mehrheiten. Dies wurde bei der Kommunalwahl 2001 vom Wähler mit einer absoluten Mehrheit für die CDU abgestraft. 2010 kam es nach der Aufkündigung der bestehenden CDU/FDP-Koalition zu einer Kooperation zwischen CDU und SPD in der Stadtverordnetenversammlung, die bis zur Wahl in 2011 bestand. Bei der Wahl 2011 zogen erstmals die Freien Wähler als fünfte Fraktion ins Stadtparlament ein. Damit setzte sich die Aufsplitterung der Parteienlandschaft in Rödermark fort.

Heinz Eyßen - Interview

Du berichtest in Deinem Geschäftsbericht 1977 dass die CDU im Falle eines Wahlsieges für Rodgau und Rödermark die Einrichtung eines Gymnasiums ankündigt. Das ist zwar jetzt vierzig Jahre her, aber woran ist es - trotz damaliger absoluter CDU-Mehrheit - gescheitert?

Die CDU entfachte damals einen wahren "Schulkrieg", der bis in die Elternschaft hineingetragen wurde. Als der Kreis Offenbach vom ehemaligen Landkreis Dieburg die beiden integrierten Gesamtschulen in Rödermark und Rodgau (für

die CDU "sozialistisches Teufelszeug"!!) zu übernehmen hatte, stellte die CDU auf örtlicher Ebene in den Wahlprogrammen das traditionelle Gymnasium als Alternative diesen beiden Schulen gegenüber. Nachdem die CDU auch im Kreis Offenbach die Mehrheit hatte, erkannte sie sehr schnell, dass mit einer radikalen Umkehr im Schulwesen, die zwangsläufig auch mit Schulauflösungen verbunden gewesen wäre, nicht der Schulfrieden herzustellen gewesen wäre.



Ebenfalls in selbigem Geschäftsbericht berichtetest Du, dass dem Vorstand eine Entscheidung aufgezwungen wurde und in der Folge dieser Diskussion Hans Frank und Claus Holzapfel ihre Vorstandsämter niedergelegt hätten. Um was ging es dabei?

Die ständigen Auseinandersetzungen zwischen Jusos und Altgenossen waren damals in der SPD sogar hessenweit an der Tagesordnung. Sie waren in Urberach ausgeprägter als in Ober-Roden. Ich habe als SPD-Ortsvereinsvorsitzender in Rödermark versucht, auch die jungen Leute aus Urberach in die Parteiverantwortung mit einzubeziehen, d.h. in den Vorstand zu bekommen, um so den mir notwendig erscheinenden Integrationsbeitrag zu leisten. Dies ist mir im Ergebnis nicht zufriedenstellend gelungen, denn einige verdienstvolle Altvorderen zogen sich aus der Verantwortung zurück und junge Leute zog es eher zu der damals aufkommenden "Grünen" Bewegung. Aus heutiger Sicht würde ich das Fazit ziehen, dass die persönlichen Eitelkeiten von Altvorderen auf der einen Seite und die Ungeduld (oftmals auch bissigen Diskussionsbeiträge!) junger Heißsporne auf der anderen Seite wieder einmal die Partei leiden ließen. An schwerwiegende inhaltliche Diskussionen jedenfalls, die möglicherweise auf der politischen Ebene konfliktauslösend gewesen sein könnten, kann ich mich nicht erinnern.

In Deiner Wahlanalyse zur Kommunalwahl 1977 schreibst Du, dass die Vertrauensbasis in der Bevölkerung verloren gegangen sei. Welche Schlüsse hast Du damals aus dieser Analyse gezogen und sind diese auch heute noch gültig?

Ich habe im Geschäftsbericht zum einen deutlich machen wollen, dass man als Mitglied einer Volkspartei, die ja die SPD sein will und auch tatsächlich ist, programmatisch und auch im praktischen Handeln nicht nur Nischen abdecken darf, sondern in jeder Hinsicht deutlich machen muss, dass man in der Lage und bereit ist, für die Bedürfnisse aller Menschen und Schichten eine Gesamtverantwortung zu übernehmen. Einen Widerspruch, dass sich die SPD zuvörderst den Bedürfnissen der Schwachen in der Gesellschaft zuzuwenden hat, sehe ich darin keineswegs und ein solcher darf natürlich auch nicht im Programm und Handeln zum Ausdruck kommen. Wenn wir als Sozialdemokraten - insbesondere sich (noch) in der Opposition befindlich - Gestaltungsfähigkeit beweisen wollen, kann dies indes nur erreicht werden, wenn wir uns in der Bevölkerung auch eine Vertrauensbasis schaffen - auch als "sozialdemokratische Individuen", z.B. dadurch, dass sich die verantwortlichen Fraktions- und Vorstandsmitglieder der Bevölkerung direkt zuwenden und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Ich hatte offenbar allen Grund dazu, dies in meiner Eigenschaft als Ortsvereins-Vorsitzender im Geschäftsbericht damals zum Ausdruck zu bringen. Ich kann nach meiner 12-jährigen Bürgermeisterzeit in Egelsbach nur nochmals nachdrücklich unterstreichen, wie wichtig es ist, diese Erkenntnis in Realität umzusetzen.

1981: Heftige Kontroverse um den Bau der Startbahn West

Der drastisch angestiegene Flugverkehr hatte den Frankfurter Flughafen Ende der 60er Jahre an seine Kapazitätsgrenze gebracht. Im Dezember 1965 beantragte die Flughafen AG die Genehmigung für den Bau der „Startbahn 18 West“ und 1966 wurde im Hessischen Landtag der Neubau der Startbahn beschlossen. Diesem Ausbau standen in einer Zeit des beginnenden Umweltbewusstseins immer mehr Bürger skeptisch gegenüber, auch in der SPD.

Gegen das 1973 begonnene Planfeststellungsverfahren gab es über 100 Klagen vor den Verwaltungsgerichten. Mit der Entscheidung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs vom 21. Oktober 1980 für den Bau der Startbahn endete die gerichtliche Auseinandersetzung, während sich der Widerstand vor Ort zuspitzte.

Gegen die Rodung des Waldes kam es zu heftigen Demonstrationen und zu Bau eines Hüttendorfs auf dem Gelände. Am 2. November 1981 wurde das Hüttendorf gewaltsam

von der Polizei geräumt. In der Folge kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei, bei der zwei Polizisten getötet und weitere durch Schüsse verletzt wurden.

In der SPD, besonders im Bezirk Hessen-Süd und so auch in Rödermark, kam es zu heftigen Kontroversen um den Flughafenausbau und den Polizeieinsatz beim Startbahnbau. Aus Protest dagegen traten 8 Vorstandsmitglieder der SPD Rödermark von ihren Ämtern zurück. Hierzu schrieb der Fraktionsvorsitzende Heinz Eyßen, der die Startbahngegner in einer Gemeindevertretungssitzung heftig kritisiert hatte, in seinem Rechenschaftsbericht für 1981:

„Der Bericht wäre unvollständig, würde er nicht auf jenes Ereignis eingehen, das den Ortsverein für kurze Zeit in eine Zerreißprobe nahm: Der im Parlament eingebrachte Resolutionsantrag der Anderen Liste zur Räumungsaktion Startbahn West und die Stellungnahme der Fraktion hierzu. Letzteres wird im nachfolgenden nochmals verdeutlicht:

1. Die SPD-Fraktion wollte mit ihrer Stellungnahme im Stadtparlament nicht im Geringsten das Demonstrationsrecht generell und auch nicht das Demonstrationsrecht an der Startbahn West in Frage stellen.
2. Die Art des Vorgehens der Demonstranten auf dem Ge-

lände der Startbahn West ist nicht der Ausdruck einer funktionierenden Demokratie, sondern das Gegenteil davon.

3. Es ist für die SPD als Partei, die diesen Staat mitträgt, unmöglich, kommentarlos mit anzusehen oder gar noch zu billigen, dass der Bürger sein Recht auf der Straße sucht und dies noch mit Gewalt.
4. Die friedlichen und gutwilligen Demonstranten wurden und werden von den sogenannten Berufsdemonstranten missbraucht, um den Staat aus den Angeln zu heben.
5. An die persönliche Verantwortung jedes einzelnen Demonstranten, die er diesem Staat gegenüber hat, wird in diesem Zusammenhang erinnert.

In der gegenwärtigen Situation kann die SPD die Polizei nicht im Regen stehen und zum Sündenbock der Zustände am Startbahngelände machen lassen. Die Stellungnahme der Fraktion, vor der sie sich nicht drücken konnte und wollte, sehr wohl wissend, dass es viele SPD-Mitglieder in Rödermark gibt, die den Bau der Startbahn West ablehnen, war einmütig und eindeutig.“

1993: Mitgliederentscheid zur Wahl des Parteivorsitzenden

Im Mai 1993 trat der SPD-Vorsitzende und designierte Kanzlerkandidat Björn Engholm von allen Parteiämtern zurück. Nach dem Willen des SPD-Vorstandes sollte der neue SPD-Bundesvorsitzende von den Parteimitgliedern direkt gewählt werden. Zu der Wahl traten die Ministerpräsidenten Gerhard Schröder aus Niedersachsen, Rudolf Scharping aus Rheinland-Pfalz und die stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende Heidemarie Wieczorek-Zeul aus Wiesbaden

an. Zu der für Juni angesetzten Abstimmung hatte auch die SPD Rödermark ein Wahllokal eingerichtet, 50,7 % der Mitglieder beteiligten sich an der Abstimmung. Siegerin in Rödermark wurde Heidemarie Wieczorek-Zeul mit 54% der Stimmen vor Gerhard Schröder mit 24% und Rudolf Scharping mit 22%. Bundesweit siegte allerdings Rudolf Scharping mit knappen Vorsprung vor Gerhard Schröder.



1993: Erste Bürgermeister-Direktwahl in Rödermark

Bei der zusammen mit der Landtagswahl 1991 abgehaltenen Volksabstimmung über die Direktwahl der Bürgermeister und Landräte in Hessen hatten 75,16% der Wähler für die Direktwahl gestimmt. Die so beschlossenen Verfassungsänderung trat zu Beginn der Legislaturperiode in Kraft und am 5. Dezember 1993 wurde in Rödermark zum ersten mal der Bürgermeister direkt von der Bevölkerung gewählt. Als Kandidatin der SPD trat die Fraktionsvorsitzende Cornelia Diekmann gegen drei Mitbewerber aus CDU, AL/Grüne und FDP

an. Die damals 42-jährige Fachschuldozentin für Öffentliche Finanzwirtschaft war seit 1971 Mitglied der SPD und seit 1985 Stadtverordnete in Rödermark. In der Partei hatte sie verschiedenen Ämter und Funktionen im Ortsvereinsvorstand und der ASF inne. Von März 1993 bis Juni 1994 war sie SPD-Fraktionsvorsitzende in der Rödermärker Stadtverordnetenversammlung und dort die erste Frau in diesem Amt. Bei der Bürgermeisterwahl erhielt sie 19,3% der Stimmen, es siegte der Erste Stadtrat Alfons Maurer (CDU) mit 51,1 %

Erste Frau an der Spitze des Parlaments

Bei der konstituierenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 15. April 1997 wurde Anke Rüger mit den Stimmen von SPD und AL/Grüne zur Stadtverordnetenvorsteherin gewählt. Damit stand erstmals eine Frau und SPD-Mitglied an der Spitze der Rödermärker Stadtverordnetenversammlung. Die damals 41-jährige Lehrerin gehörte seit 1989 dem Parlament an und war zuvor stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende.



Anke Rüger

Bei der vorausgegangenen Kommunalwahl am 2. März hatten die SPD 12 Sitze, AL/Grüne 11 Sitze errungen und damit einen Sitz mehr als CDU (9) und FDP (3) zusammen.

Rot-Grünes Projekt scheitert

Zum ersten mal seit 30 Jahren bot das Wahlergebnis die Möglichkeit, in Rödermark eine Koalition ohne die CDU zu

bilden. Die SPD war mit dem Ziel in Verhandlungen mit AL/Grüne gegangen, eine Rot-Grüne Koalition zu bilden. AL/Grüne waren ungeachtet einer großen Schnittmenge in Sachfragen aber nur zu einer Übereinkunft über die ehrenamtlich zu besetzenden Positionen bereit und setzten im Parlament auf ein Spiel mit wechselnden Mehrheiten.

Im Magistrat behielt die CDU mit den Stimmen des Bürgermeisters und der Ersten Stadträtin die Mehrheit. Mit Ablauf der Amtszeit der Ersten Stadträtin Süß zum 31. Mai 2000 bestand die Möglichkeit, durch Besetzung der Stelle auch im Magistrat eine rot-grüne Mehrheit zu erreichen und den Ersten Stadtrat über die nächste Wahlperiode hinaus zu stellen. Doch diese Chance wurde vertan. SPD und AL/Grüne konnten sich nicht über diese Personalie verständigen.

Im Wahlkampf 1997 hatte die SPD gefordert, die Stelle des hauptamtlichen Ersten Stadtrats einzusparen und damit den defizitären Haushalt zu entlasten. Diese Forderung wurde im Zuge des Bürgermeisterwahlkampfes 1999 von der SPD-Fraktion als Antrag in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht und von der CDU aus rein taktischen Gründen unterstützt. Die Stelle wurde gestrichen, jedoch nur bis zur nächsten Satzungsänderung durch eine andere Mehrheit.

Bei der Bürgermeisterwahl am 5. Dezember 1999 konnte sich Amtsinhaber Alfons Maurer (CDU) im ersten Wahl-

gang mit 62,5% gegen seine Herausforderer Roland Kern (AL/Grüne) und Norbert Schultheis (SPD) durchsetzen. Der Wahlausgang war Anstoß für erneute Verhandlungen über eine Kooperation zwischen SPD und AL/Grüne über die Wahlperiode bis 2001 hinaus, verbunden mit der Wahl eines hauptamtlichen Ersten Stadtrates. Die SPD hatte Lothar Rickert als Kandidaten vorgeschlagen, doch die Basis von AL/Grüne lehnte ab und bestand darauf, dass ein Grüner Erster Stadtrat werden müsse.

In seinem Bericht an die Jahreshauptversammlung im März 2000 war der SPD-Fraktionsvorsitzende Karl-Heinz Oberfranz tief enttäuscht über das Votum der Grünen Basis und sprach von einem „tiefen Rückschlag für die Politik in Rödermark“. Der „Dollpunkt“ sei immer wieder die Personalfrage gewesen. Zum einen habe das Ergebnis der SPD eine Zerreißprobe erspart, zum anderen aber auch die Perspektive genommen, nach zwei Jahrzehnten eine rot-grüne Magistratsmehrheit in Rödermark zu schaffen.

Über die Bilanz der Arbeit der SPD im Parlament zeigte sich Karl-Heinz Oberfranz aber sehr zufrieden. Zu den Erfolgen zählten der Neubau des Kindergartens Thomas-Mann-Straße, die Ausweitung des Anruf-Sammel-Taxis, das Pilotpro-

jekt „Wohneigentum für junge Familien“, das Jugendzentrum in Urberach, das Projekt zur Sanierung der Urberacher Ortsmitte um den Häfnerplatz und die Bereitstellung von neuem Bauland.

Absolut gegensätzliche Positionen bezogen SPD und AL/Grüne später in der Debatte um die Nutzung des T&N-Geländes in Urberach. Die Firma Badenia hatte das Areal von Bosch erworben und beantragt, dort ein Einkaufszentrum zu errichten. Am 8. Dezember 2000 stimmte die Stadtverordnetenversammlung mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP dem Bebauungsplan mit großflächigem Einzelhandel zu. AL/Grüne und ein zuvor aus der SPD-Fraktion ausgetretener Stadtverordneter waren dagegen. Auf Betreiben von AL/Grüne kam es am 18. März 2001 zu einem Bürgerentscheid über den Bebauungsplan, bei dem 62,1% der Wähler für das Märktezentrum stimmten.

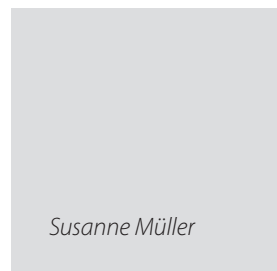
Die Quittung der Wähler für die verworrenen politischen Verhältnisse kam bei der Kommunalwahl 2001: Nutznießer war die CDU, die mit 53 % (+ 9,9 %) die absolute Mehrheit gewann, während die SPD auf 25,8 % (-0,7 %) und AL/Grüne auf 16,1 % (-8,5 %) kamen.

Lebenslanges Engagement für die Menschen

Susanne Müller und Philipp Seib zu Ehrenvorsitzenden der SPD Rödermark ernannt

Beim Familiennachmittag der SPD Rödermark im Dezember 1982 wurden in Würdigung ihrer Verdienste für die Partei und in der Kommunalpolitik Susanne Müller aus Ober-Roden und Philipp Seib, Urberach, zu Ehrenvorsitzenden der SPD Rödermark ernannt.

Für die SPD in Rödermark war Susanne Müller, Jahrgang 1913, eine der großen Persönlichkeiten in der jüngeren Geschichte. Von 1956 bis 1985 hat die Lehrerin und Rektorin einer Berufsschule als ehrenamtliche Kommunalpolitikerin gewirkt und hatte Ämter in der Partei inne. Für ihre jahrzehntelange ehrenamtliche Arbeit wurde sie mehrfach ausgezeichnet, zuletzt 2004 mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande.



Susanne Müller



Philipp Seib, Jahrgang 1901, war schon als Schüler Mitglied des Arbeiter-Turnvereins 1888, den späteren KSV. Am 1. Juni 1945 trat er in die SPD ein, wurde 1952 Gemeindevertreter in Urberach und war 12 Jahre 1. Beigeordneter und Stellvertreter des Bürgermeisters. 1981 wurde ihm der Titel Ehrenbeigeordneter verliehen, 1975 erhielt er den Ehrenbrief des Landes Hessen. Von 1964 bis 1967 war er 2. Vorsitzender der SPD Urberach.



Der Odenwaldzubringer

Vier Jahrzehnte Stillstand bei der Verkehrsentlastung von Urberach

Die Diskussion darüber, welche Aufgaben besser regional als lokal zu lösen seien, gepaart mit einem allgemeinen Fortschrittsglauben und einer breiten Diskussion über die zukünftige Entwicklung der Region führte zu Planungsentwürfen mit vorhergesagten großen Bevölkerungszuwächsen und zur Entwicklung von Ideen, wie die zu erwartenden Verkehre in der Region bewältigt werden könnten. Der S-Bahn-Ausbau war einer der Ergebnisse dieser Diskussion. Aber auch für den Individualverkehr wurden Konzepte und neue Straßenverbindungen diskutiert. Eine dieser Vorschläge betraf auch Rödermark und die Nachbarkommune Dreieich.

Im Jahre 1975 begann die Planung für eine mehrspurige Schnellstraße zwischen der A661 bei Neu-Isenburg und der B 45 (neu) bei Eppertshausen, die unter dem Namen Odenwaldzubringer (B 46) eine schnellere Verbindung von Frankfurt in den Odenwald herstellen und die Orte Urberach, Offenthal und Götzenheim vom stetig wachsenden Durchgangsverkehr entlasten sollte.

Nach einigen Planungsänderungen kam es im April 1984 zum Planfeststellungsbeschluss für den Bau der B 46 neu. Rödermark war davon betroffen, weil diese neue Straße von Offenthal aus durch den Wald zwischen Urberach und Messel zur B 45 geführt werden sollte.

Im Bereich Dreieich wurden unterschiedliche Trassenverläufe diskutiert, westlich bzw. östlich an Offenthal vorbei, aber alle sollten die Trasse durch den Wald nach Eppertshausen nutzen.

Dagegen liefen zunächst die Naturschutzverbände Sturm. Die SPD Rödermark sah die Notwendigkeit, Urberach vom Durchgangsverkehr zu entlasten, baute aber darauf, bestehende Straßen auszubauen und entwickelte eine Alternativplanung, die im Jahr 1981 von einer Mitgliederversammlung beschlossen wurde, und als K-L-Trasse (auf einer Kreis- und einer Landesstraße) in den nächsten Jahrzehnten

Eingang in die Diskussion in Rödermark und darüber hinaus fand.

Die politischen Mehrheiten in Rödermark setzten aber weiterhin auf den Odenwaldzubringer und akzeptierten alle Straßenplanungen, die sich darauf bezogen, z.B. das "Provisorium" Erdkautenweg.

Die Planung des Odenwaldzubringers scheiterte endgültig 1993 an einem von den Naturschutzverbänden erstrittenen Urteil des Verwaltungsgerichtshofes in Kassel.

Im Juni 1994 gab das Hessische Straßenbauamt bekannt, dass die großräumige Lösung des Projektes B46 neu - Odenwaldzubringer - nicht weiter verfolgt werde. Die Ortsdurchfahrten von Götzenhain, Offenthal und Urberach sollen durch ortsnahe Umgehungsstraßen vom Verkehr entlastet werden. Die ortsnahe Umgehung für Urberach sollte westlich von Urberach verlaufen. Diese Pläne wurden Ende der 90er Jahre in der Rödermärker Stadtverordnetenversammlung von allen Fraktionen abgelehnt und stattdessen der Ausbau der K-L-Trasse gefordert.



Die obige Grafik - vorgestellt in der SPD-Mitgliederversammlung am 5. November 1981 - zeigt den Verlauf der K-L-Trasse, aber auch die Planung des Odenwaldzubringers. Wenn man heute auf der B 45 von Dieburg kommend an der Anschlussstelle Urberach abfährt, sollte der Verkehr nicht über den Erdkautenweg zur B 486 fließen, sondern geradeaus weiter geführt werden.

Die S-Bahn kommt - die Schranke bleibt!



Unterführung oder Schranke? Diese Frage teilte die Ober-Röder bis Mitte der neunziger Jahre in zwei Lager. Im Jahre 1996 bestand zum letzten Mal für Rödermark die Chance den Bahnübergang ohne eigene finanzielle Mittel beseitigen zu lassen. Die SPD war dafür. Aber ein Zweckbündnis aus CDU und AL/Die Grünen lehnte die Unterführung ab.

Der Bau einer S-Bahn in den Rodgau stand seit den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts auf der politischen Tagesordnung. Konkret wurde die Diskussion darüber erst mit der Vorlage eines S-Bahnrahmenplanes der Bahn im Juni 1987.

Im Jahr 1996 wurde der Ergänzungsvertrag zum Finanzierungsvertrag Ausbau der S-Bahn in den Rodgau verhandelt. Zur Entscheidung stand der zweigleisige Ausbau der S-Bahn. Die ursprüngliche Planung sah einen eingleisigen Ausbau von Offenbach-Bieber bis Ober-Roden vor.

Der damalige Landrat Josef Lach machte sich für einen zweigleisigen Ausbau und für die Übernahme der kommunalen Kosten durch den Kreis stark und überzeugte auch den Kreistag des Kreises Offenbach davon, nicht unerhebliche Investitionskosten zu übernehmen.

Zu diesem Zeitpunkt wurde die letzte Chance verspielt, eine Unterführung der S-Bahn in Ober-Roden in die Finanzierungsvereinbarung einzubringen. Die Vorteile der Unterführung lagen auf der Hand: mehr Sicherheit für Straßen- und Schienenverkehr, keine Staus in der Ortsdurchfahrt, eine Aufwertung des Ortskerns. Die Kosten von 17 Millionen Mark hätte die Bahn getragen. Auch die Schrankenschließzeiten waren damals schon öffentlich bekannt.

Trotzdem beschloss die Allianz aus CDU und AL/Die Grünen, unterstützt von Ober-Rodener Einzelhändlern, den schienengleichen Bahnübergang nicht umzubauen. Und das, obwohl eine Unterführung entlang der Bahn relativ wenig in das Stadtbild eingegriffen hätte.

Der Plan sah vor, die Dieburger Straße für PKWs in Richtung Gleisdreieck unter der Bahn durch und im Bereich des Bahnhofes wieder ebenerdig zu führen. Für Radfahrer und Fußgänger sollte eine Unterführung an der Dieburger Straße geschaffen werden.

Aber nach dem schwarz-grünen Nein zur Unterführung gehen die Schranken in der Dieburger Straße während der Hauptverkehrszeit mehrmals pro Stunde runter. Die langen Schrankenschließzeiten in der Dieburger Straße sind nach mehr als vierzehn Jahren S-Bahn-Betrieb nach wie vor ein Dauer-Aufreger für knapp 3.000 Autofahrer, 400 Radler und 300 Fußgänger. So viele Menschen und Verkehrsteilnehmer stehen täglich am Bahnübergang in Ober-Rodens Mitte.



SPD-Vorsitzende in Urberach und Ober-Roden von 1945-1975

Urberach

1948 – 1953	Adam Spamer
1956 – 1959	Georg Müller
1960 – 1961	Heinz Jakobi
1962 – 1963	Andreas Frank
1964	Theo Graul
1964 – 1975	Hans Frank

Ober-Roden

1945 – 1946	Andreas Kern
1948 – 1958	Jakob Gotthold
1958 – 1973	Kurt Weber
1973 – 1975	Heinz Eyßen

3. Oktober 1990: Ein Symbol für die Einheit – SPD Rödermark pflanzt einen Walnussbaum

Mit der Metapher einer „harten Nuss, die noch geknackt werden muss und erst in einigen Jahren Früchte trägt“ beschrieb die SPD Rödermark den Prozess der Wiedervereinigung in 1990. In einer Feierstunde zum Tag der Einheit pflanzte die SPD daher nicht die sonst übliche Eiche, sondern einen Walnussbaum.

In der Grünanlage zwischen Bahnübergang und T&N-Gelände in Urberach hatten sich am Vormittag des 3. Oktober 1990 zahlreiche Parteimitglieder zu der Feier eingefunden. Unter ihnen auch die Landtagskandidatin des Wahlkreises 46, Judith Pauly-Bender, die die Patenschaft für den Baum übernommen hatte.

Der damalige Rödermärker SPD-Vorsitzende Norbert Schultheis sprach vom 3. Oktober als einem „Tag zum freuen“. Es seien aber noch große Anstrengungen notwendig, die Folgen der Teilung zu überwinden. Daneben sei die Aussöhnung mit den Völkern Osteuropas eine der wichtigsten Aufgaben der Zukunft.

Judith Pauly-Bender erinnerte in ihrer Ansprache an die großen Leistungen der Entspannungspolitik von Willy Brandt. Die SPD habe sich schon immer als Partei der deutschen Einheit verstanden und als Weg dahin die Politik betrieben.

Schon vor der Einheit und vor den ersten freien Kommunalwahlen in der DDR am 6. März 1990 war der langjährige SPD-Vorsitzende von Urberach, Hans Frank, in Thüringen unterwegs, um die Parteifreunde im Kreis Sömmerda bei der Kommunalwahl zu unterstützen. Die SPD des Kreises Offenbach hatte die Patenschaft für die SPD im Kreis Sömmerda übernommen um beim Aufbau der dort neu gegründeten SPD mitzuhelfen.



Vorstandsmitglieder vor dem Walnussbaum im Jahre 2018

Unsere Partei- und Fraktionsvorsitzenden sowie Bürgermeisterkandidaten

Die Vorsitzenden der SPD Rödermark

Januar 1976 – März 1979	Heinz Eyßen
März 1979 – Januar 1982	Dietmar Zimmermann
Januar 1982 – Mai 1987	Erich Krieger
Mai 1987 – März 2002	Norbert Schultheis
März 2002 – März 2006	Daniel Weber
März 2006 – Juni 2006	Jörg Steinheimer
März 2006 – Sept. 2007	Armin Lauer
Oktober 2007 – März 2008	Reinhold Rüger
März 2008 – April 2010	Stefan Junge
seit April 2010	Hidir Karademir

Bürgermeisterkandidaten/innen der SPD Rödermark

1994	Cornelia Diekmann
2000	Norbert Schultheis
2011	Stefan Junge
2017	Samuel Diekmann

Die Fraktionsvorsitzenden in der Rödermärker Gemeindevertretung und Stadtverordnetenversammlung

April 1977 – März 1981	Herbert Schrod
April 1981 - Juni 1988	Heinz Eyßen
Juli 1988 – März 1993	Karl-Heinz Oberfranz
April 1993 – Juni 1994	Cornelia Diekmann
Juni 1994 – März 2001	Karl-Heinz Oberfranz
April 2001 – März 2006	Anke Rüger
April 2006 – Juli 2007	Daniel Weber
August 2007 – März 2011	Armin Lauer
April 2011 – Februar 2014	Stefan Junge
März 2014 – März 2016	Armin Lauer
Seit März 2016	Samuel Diekmann

Samuel Diekmann



Der aktuelle SPD-Vorstand im Jubiläumsjahr

Vorsitzender:	Hidir Karademir
Stellvertrende Vorsitzende:	Heike Zeller
Kassiererin:	Andrea Winn
Pressesprecher und Schriftführer:	Jochen Zeller
Beisitzer:	Klaus-Joachim Rink Gülhabar Karademir
Revisoren:	Norbert Schultheis Dr. Reinhold Rüger

Hidir Karademir



SPD feiert 145 Jahre

Zu ihrer Akademischen Feier im Rahmen ihres 145-jährigen Jubiläums hatte die SPD Rödermark am 23.8.2013 in das Foyer der Kulturhalle Ober-Roden, eingeladen. Es wurden keine Mühen und Kosten gescheut, um der Feier einen dem Anlass entsprechenden Rahmen zu geben. Rund 250 Besucher konnte die SPD an diesem Abend begrüßen. Nach einem Sektempfang wurde parallel in einen Film die Geschichte der SPD vorgestellt. Mit der Festansprache von Armin Lauer und der Rede des Hessischen SPD-Vorsitzenden, Thorsten Schäfer-Gümbel erreichte der Abend mit der Eintragung der SPD ins goldene Buch der Stadt Rödermark seinen Höhepunkt. Musikalisch komplettieren der Musikverein 06 Urberach und der Volkschor Ober-Roden das sehr ansprechende Abendprogramm.



Im Jubiläumsjahr ein Jubiläumsbrief mit einem Röder-Mark-Sonderstempel der Deutschen Post

Für Sammler und Philatelisten bietet die SPD-Rödermark eine Besonderheit an. Ein gestalteter „Jubiläumsbrief“ mit der 70cent Sondermarke zum 200. Geburtstag von Karl MARX und dem Sonderstempel, „150 Jahre Sozialdemokratie in der Röder Mark, 1868 Gründung des ADAV in Ober-Roden“, von der Deutschen Post. Im Stempelbild ist mit diesem Hinweis auch das alte Rathaus von Ober-Roden zu sehen.

Bestellungen nimmt Klaus-Joachim RINK entgegen. Er nimmt die adressierten Briefe an sich und sorgt für den gestempelten Rückversand.

KONTAKTDATEN:

Tel.: 06106-773901 oder E-Mail: klausjoachimrink@gmx.de



Wer einen „Jubiläumsbrief“ erwirbt, kann ihn mit einer Anschrift versehen zurückgeben. Der „Jubiläumsbrief“ wird dann im Postamt von Weiden mit dem Sonderstempel versehen, oder sofort am 18.8.2018 bei der Jubiläumsfeier komplett erworben und mitgenommen bzw. versandt. Der Erwerb des „Jubiläumsbriefes“ kostet € 4,50, die Abstempelung ist darin enthalten.



Impressionen einhundert45





Bürgermeisterwahl 2017 - Diekmann überzeugt

Rund 140 Personen verfolgten im August 2016 die Vorstellung des Bürgermeisterkandidaten, die im Übrigen im Livestream auf Facebook zu verfolgen war, vor Ort. Bis zur Wahl im Februar 2017 führte Samuel Diekmann einen leidenschaftlichen Wahlkampf, bei dem er zu überzeugen wusste.

Das Ergebnis war allerdings ernüchternd. Das avisierte Ziel, die Stichwahl zu erreichen, wurde verfehlt. Diekmann erhielt 15,2 % der Stimmen. Das reichte allerdings nur für Platz 3 bei vier Bewerbern.

Straßenbeiträge vom Tisch – SPD hält Invest für Straßen- sanierungen für zu gering

Die Stadtverordnetenversammlung hat die Satzung für die unliebsamen Straßenbeiträge zum 1.1.2018 wieder aufgehoben. Etwa eine Million Euro für die Komplettsanierung von Straßen sollen mit öffentlichen Geldern jährlich investiert werden. Der SPD war und ist das nicht genug. „Drei Millionen Euro sind das Minimum“, erklärte SPD-Fraktionsvorsitzender Diekmann. „Das Problem werde und wird zu zögerlich angepackt. Die Schäden an Rödermarks Straßen bleiben.“

Kita-Gebühren – Entlastung für Eltern gehen nicht weit genug

Das Stadtparlament hat im Juli 2018 die sogenannte erweiterte Beitragsfreistellung, mit der das Land täglich sechs Stunden Kinderbetreuung finanziert, in zwei Satzungen festgeschrieben. Die SPD lehnte die Satzungen ab. Ihr ging die Entlastung nicht weit genug. SPD-Fraktionsmitglied Jochen Zeller lobte zwar die „spürbare Entlastung für die Familien“. Er forderte aber für die SPD-Fraktion die kostenlose Betreuung von der Krabbelgruppe bis zum Hort.

Impressum

Herausgeber:

SPD-Ortsverein Rödermark
Schweriner Str. 2c
63322 Rödermark

Redaktion: A. Lauer, K.-J. Rink, Dr. R. Rüger, N. Schultheis,

Gestaltung: S. Naas

Auflage: 1.000 Stk.

Druck: Leo Druck GmbH, Stockach

www.spd-roedermark.de

Facebook: SPD Rödermark





RALF

KUNERT

ZUKUNFT

JETZT MACHEN

Herzogenhofen / Foto: Carst Schaefer